



Wahlrechtsstreit um die sozialdemokratischen Arbeiterschaften Muß- und kann, welche vor den Oberwählern für die Teilnahme an den Wahlen wünschten gestellt hatten. Jetzt haben sie ihre Wahlrechte wiederhergestellt und sind der Meinung, daß die Wahl der Deputierten von der Arbeiterschaft bestimmt werden muß, doch sie aber an den ersten zwei Wahlen teilnehmen soll. (Die Wahlberechtigten werden, wie bekannt, zuerst ihre Wahlberechtigten, diese — ihre Wahlmänner, letztere erst haben das direkte Wahlrecht und nehmen an den allgemeinen Wahlen teil.) Diese Vorstellungen gestalten darüber, daß die Arbeiter sich in die Wählertafeln eintragen lassen sollen.

Doch dieser Standpunkt von vornherein grundsätzlich ist, wird wohl ein jeder einsehen. Die breiten Massen der Bevölkerung hätten sich an den Wahlen nur dann beteiligen, wenn sie die Übergabe hätten, daß die Duma imstande sein wird, ihre Vage Wünsche zu verbessern. Kein einziger unserer Freunde kann durch die Duma erreicht werden. Die Arbeiter aber wollen durch ihre Teilnahme an den Wahlen der Duma, die zu Grunde gehen müssen — und darin sind auch alle Parteien einig — eine gewisse Autorität verleihen. Noch mehr — die Arbeiter können durch die endende Komödie des nutzlosen Wahlszenarios nur vom Wege des revolutionären Kampfes abgelenkt werden, und die Stelle eines revolutionären Kampfes kann ein ähnlicher Zustand für ein gefährliches Parlament der zaristischen Bürokratie einnehmen. Niemand zweifelt daran, daß die Wege der Duma und der Revolution hauptsächlich zusammengehen. Revolution oder Duma! Ein Kompromiß zwischen beiden ist ausgeschlossen.

Schließlich faßt das Zentralkomitee die Ansichten noch einmal wie folgt zusammen: Die einzige richtige Taktik der revolutionären Partei bezüglich der Duma besteht in folgendem: In den Massen das Misstrauen, die Verachtung und den Faß gegen die Duma nicht einschlagen zu lassen; ihnen aufeinanderzulegen, doch alle politischen Hoffnungen, die sie etwa auf die Duma hegen, ihnen nichts als eine bittiere Enttäuschung einbringen zu wollen; fortwährend die mögliche Zusammensetzung der Duma zu testieren, — mit einem Faß, alle Freuden davon zu sehen, daß die Wellen des revolutionären Kampfes abschlägt der Duma, während von der Duma sich ergießen sollen, daß die weitere Entwicklung der Duma, wie sie uns jetzt präsentiert wird, unmöglich gemacht werden soll. In diesem Sinne muß man nicht nur auf die Arbeitermassen eindringen, sondern die allgemeine Wahlatmosphäre möglichst ungünstig für die Wahlen gestalten. Unsere Autoktoren müssen in die Wahlversammlungen eindringen, ihren Standpunkt dort auseinanderziegen und dieselben durch einen energischen Protest der Massen gewaltsam aufzuheben. Unsere Taktik bezüglich des Wahlgeschehens vom 11. : 24. Dezember bleibt somit dieselbe wie die zu der Duma vom 6. : 19. August. Sie lautet: Aktiver Boykott der Wahlkampagnen auf allen ihren Stufen; aktiver Boykott der Duma der Militärdiktatur; aktiver Boykott der Duma der Hohen Regierung!

## Der Reichstag

berndete am Dienstag die Beratung des Bodenwahl-Gesetzes. Eine längere Debatte gelangte dabei nur die vorläufig und bis auf weiteres unverzüglich letzte Forderung für die famose Hohenzollernburg. Gegenüber Leibnitz dedie den engen Zusammenhang dieser modernen Reinerestrukturierungen mit den Wartungsplänen im Tiergarten und mit der ganzen Romantik auf, die in der offiziellen deutschen Politik nicht minder denn in der deutlichen offiziellen „Kunst“ besteht, bei der die Ausführungsleute das einzige Reale sind. Graf Posadowitz verteidigte die Position so gut und so schlecht er konnte. Der ja sonst ganz verständige Mann muß eben alle möglichen Dinge vertreten und was hat manchmal den Eindruck, daß er längst keine Staatssekretärstelle ausgegeben hätte, wenn er nun gefordert wurde und nicht als Familienvater für zahlreiche heimatliche Töchter zu sorgen hätte. L. v. Radowitz, der in Kunstsachen ein ganz gutes Urteil besitzt, scheint auch an den Reinerestrukturierungen keinen besonderen Geschmack zu finden. Dagegen fanden sich die Abgeordneten v. Standen und Schlesinger im Hurra-Zeit. Die Erwähnung der ausmaßlich feststellenden Tatsache, daß der in Gott entzückte Friedrich Wilhelm III. die Erfüllung seines Erfolgsanspruchs beständig vergeblich hat, trug Gedenken Leibnitz' eines Erinnerungsstifts des Präsidenten Grafen Ballenstedt ein. Schließlich wurde der Titel, wegen dem sich übrigens auch der freisinnige Dr. Müller-Sagan mit leidlicher Entschiedenheit erklärte, gegen die Stimmen der Freien angenommen. — Noch in später Abendstunde begann das Dorf mit der Beratung der Justizrechts. Der Nationalliberalen Boffermann hielt eine Rede, die manche arachnische Ausdrücke und Forderungen enthielt. Bei der Frage der Schwurgerichte freilich ging die Monarchie Rechtsanwalt und Generalstaatsanwalt heraus wie die Rose um den heißen Brei. Schließlich war, aber schrecklich langweilig, nach der Befreiung der Freien. Ein sicherer v. Ditscher, durch Vorwurf in der Wahl seiner Eltern vor den meisten Abgeordneten aufgeworfen, bewog die Rechtsanwalte, um einen wichtigen Staatsanwalt zu bestimmen, der das gräßliche Schreiben begangen hat, ein liberal-sozialdemokratisches Rechtsstudium in Aussicht zu haben. In einer verschämlichen Berichtigung zog Herr v. Gerlach, den der v. Ditscher mit Unzertreitbarkeit angebaut hatte, zwischen diesen und einem gewissen Gauß einen für den ersten unangenehmen Vergleich. Es ist außerordentlich, daß der Staatssekretär Dr. Niederling auf des v. Ditschers Denunziation nicht reagierte und auch gegen seinen Heimat keine besondere Rücksicht zu verleiht schreibt. Leider verlor sich des Staatssekretärs eigenem Bespruch die allgemeine Zustimmung in dem berühmten Lesebuch des Österreichischen Landeskonsrates erfolgen. — Am Mittwoch kommt die zweite Lesung unseres Wahlrechtsangebotes.

## Politische Übersicht.

Jugendliche Personen ins Gefängnis zu stellen ist befürchtlich, daß der schreckliche Mittel, um sie zu bestimmen, denn in den meisten Fällen ist für sie gerade das Gefängnis die hohe Schule einer Verbrecherlaufbahn. Die mit der Revision des Strafprozesses beauftragte Reihe soll somit Mission will nun das Alter, von welchem an eine jugendliche Person strafrechtlich verfolgt werden kann, die sogen. Strafmündigkeit, vom 12. auf das 14. Jahr hinaufsezten, aber nur für die Fälle, wo kein öffentliches Interesse vorliegt, und nur dann, wenn der Geschädigte mit dem Unterdrücken der Strafverfolgung einverstanden ist. Gegen diese Juristerei wendet sich der Hammelburger Landgerichtsrichter Dr. Matthäi. In einem

Artikel in der „Sozialen Presse“ führt er aus: „Die Übergangszeit von vierzehn Jahren erscheint mir höchst darauf, daß das Strafmündigkeitsalter bei der Reform des materiellen Strafrechts vermutlich herausgesetzt werden wird, als zu niedrig. Besonders sei aber das Erfordernis der Einwilligung des Geschädigten zu berücksichtigen. Die Verschonung jugendlicher Personen mit Strafverfolgungen liegt im öffentlichen Interesse; es sei daher nicht angebracht, die Entscheidung hierüber in die Hände des am wenigsten objektiven Beurteilers, des Geschädigten, zu legen.“ Damit trifft Dr. Matthäi den Nagel auf den Kopf.

**Deutsche Preszustände.** Unser Elversdorfer Parteiblatt, die „Freie Presse“, veröffentlichte an der Spitze ihrer letzten Sonntagsnummer diese Mitteilung an ihre Leser:

„Die nächste Nummer unseres Blattes kann nicht im vollem Umfang, sondern vorwiegend nur vierseitig erscheinen. Schuld daran sind die „heben Herren von der Gesetzgebung“, die dafür gesorgt haben, daß am Montag, sechzehn Uhr ab, die gesamte Redaktion, der Geschäftsführer und eine Anzahl Mitarbeiter vom technischen Personal am Landgericht beschäftigt sind. Es handelt sich belästiglich um zwei Klagen. In dem einen Falle steht für das städtische Grund-Bürgermeister beleidigt und hat Strafantrag gestellt; dieser Prozeß geht aus der Stadtverordneten-Wahlbewegung her. Im zweiten Falle steht das konfisierte Wahlrechtsflugschrift unter Anklage.“

Zugleich bitten wir unsere Leser um Entschuldigung, falls die Montagsausgabe verzögert erscheinen sollte. Mögen Sie sich dadurch räumen, daß jeder der „Freien Presse“ mindestens einen neuen Abonnenten ausübt.

**Redaktion und Verlag der „Freien Presse“.**

Man braucht wirklich nichts hinzuzufügen, um die deutsche „Preszfreiheit“ zu kennzeichnen.

Neben den Verlauf des Prozesses liegt folgende Meldung vor: In der Anklage wegen Belästigung der Stadtverwaltung bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Ullmann zu 300, Hoffmann zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, Grimpke freigesprochen. Eine zweite Anklage betrifft das konfisierte Wahlrechtsflugschrift. Genosse Ullmann sollte durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten angeregt haben. Der Staatsanwalt beantragte — 1. Fazit: Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung.

**Geheimbündlerische Umtriebe.** Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet: „Bei dem Reichstagabend führten B. Billow und Sonnabend Abend eine vertrauliche Versprechung statt, zu der zahlreiche Parlamentarier, darunter die Führer der Konservativen, der Nationalliberalen, des Zentrums sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung eingeladen waren. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß es sich bei dieser Versprechung um die schwierigen wirtschaftlichen und zollpolitischen Fragen gehandelt hat.“ Vermischlich hat es sich bei dieser Versprechung darum gehandelt, wie das handelspolitische Provisorium mit den Vereinigten Staaten am besten im Reichstage anzubringen sei. Möglicherweise kann es sich aber auch um andere Dinge gehandelt haben. Jedenfalls aber ist es ein Unsug, wenn die Regierung solche Reichstagsgesetzmäßigungen, von denen die ihr unliebsamen Parteien ausgeschlossen sind, veranlassen, und dieser Unsug ist doppelt gefährlich zu einer Zeit gespannter Beziehungen zu dem Auslande, in dem solche ungewöhnliche Vorgänge leicht eine falsche Deutung finden könnten. Sobald solche Zusammenkünfte den Charakter von rein gesellschaftlichen Zusammenkünften verlieren und zu politischen werden, gehören sie in die Kategorie.

**Ein neues militärisches Schreckensurteil.** Neben die Verurteilung des Musketiers Gloeck in Lübeck zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe, worüber wir bereits kurz berichtet haben, wird der Frankfurter Tag folgender ausführlicher Verhandlungsbericht mitgeteilt:

Am 6. Januar d. J. schlug der Musketier Gloeck beim Paradeschützen einen Leutnant Heerlein mit dem Gewehrholz nieder, als er von diesem zur Wiederholung einer Übung aufgerufen worden war. Neben Gloeck war auch der Unteroffizier Hansen angeklagt, dem vorschriftswidrige Behandlung seiner Untergebenen und Unterstellung einer dienstlichen Meldung zur Last gelegt wurde. Beim Gründen am Morgen des 6. Januar auf der Waffenhoft-Stube soll der Unteroffizier Gloeck, obwohl dieser die Übungen so gut machte, wie er konnte, einen Stoß vor die Brust gegeben habe. Letztlich ist Gloeck zurückgeworfen, und mit dem Rücken gegen einen Strom gefallen. Darauf schlug Gloeck mit dem Gewehrholz den Unteroffizier Hansen auf die Schulter, sodass dieser zurückzuckte. Sofort ließ er dann die ganze Korporealität in die Richtung gehen und in dieser Stellung ungefähr eine halbe Stunde lang Griffe zu bauen. Infolge dieses „Schleisens“ waren die meisten Leute bei der daraus auf dem Waffenhof folgenden Übung unter dem Kommando des Leutnants Heerlein erschöpft. Leutnant Heerlein, der von der vorangegangenen langen Übung keine Schwäche hatte, forderte Moro, der besonders schlecht mitschwamm, obwohl er sonst ein guter Soldat war, auf, die Beine besser zu werken. Da die Rührung keinen Erfolg hatte, rief ihn der Hauptmann zurück. Da Gloeck diesem Befehl angeblich nicht schnell genug nachkam, sollte er einmal um den Waffenhof laufen. Gloeck hatte bisher Gewehr bei Fuß gestanden. Bloßlich sah er das Gewehr beim Lauf und schlug mit dem Gewehrholz auf den Leutnant auf den Kopf. Der Schlag wurde durch den Waffenstiel zwar etwas gemildert; aber der Angegriffene wurde trotzdem schwer zu Boden, nachdem er den vergeblichen Versuch gemacht hatte, den Säbel zu ziehen. Gloeck trat nach dem Schlag zurück und stand wieder Gewehr bei Fuß. Auf Befragen erklärte Gloeck, daß ihm der gegen den Leutnant geführte Schlag sofort sehr getan habe; auch sei er der Meinung gewesen, Unteroffizier Hansen werde ihm melden. Es sei ihm jedoch nicht beigebracht, wie er dazu kommen könnte, seinen Leutnant tatsächlich anzugreifen, da dieser ihn seit freiem Willen und gut behandelt habe. Sein Beweisstück reichte nur bis zu dem Marsch-Marsch-Befehl des Leutnants, dann sei es ihm schwierig vor den Augen geworden. Als er wieder zu sich gekommen sei, habe der Leutnant blutend am Boden gelegen. Unteroffizier Hansen will den Gloeck nicht vor die Brust geschlagen haben, von ihm auch nicht geschlagen worden sein; er habe ihm nur das Gewehr zurück gelegt. Leutnant Heerlein zollte dem Gloeck ein sehr gutes Zeugnis aus; noch zwei Tage vor dem Vorfall habe er ihm einen Preis für gutes Turnen geben können. Von dem Schlag mit dem Gewehrholz habe er seine nachteiligen Folgen für seine Gesundheit davongetragen; er habe empfunden, als wolle man nach langem Liegen der Menschlichkeit etwas Kopftuch. Nach ärztlichem Gutachten ist

Gloeck völlig intakt. Er wurde wegen Angriffs auf einen Vorgesetzten in zwei Fällen zu insgesamt sieben Jahren neun Monaten Gefängnis, davon wegen Verhandlung unter der Anklage der Unterlassung einer Meldung wird er freigesprochen.

Diese Entscheidung wird, so bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ zu dem Falle, nicht nur wegen des außerordentlich hohen Strafmahses gegen den Gemeinen, sondern auch wegen des Gegenseitiges zu der milden Strafe für den Untergesetzigen ausschliefen, obgleich letzter doch die unmittelbare Ursache des ganzen Vorfalls war. 38 Tage Mittelarrest für eine nichtwürdige Soldatenquälerei und sieben Jahre neun Monate Gefängnis für die in einem Moment schillernder Berechnungsfähigkeit begangene Ausschreitung des Soldaten, für die bis auf zwei Jahre hätte heruntergegangen werden können, sind so schroffe Gegensätze, daß sich das Rechtsgefühl nimmermehr damit abfinden kann. Wenn der unglaubliche Musketier auch sonst gelegentlich normal ist, so hat er doch zweifellos unter einer seelischen Erkrankung gehandelt, die ihm das Verantwortungsgefühl raubte. Das das Gericht hierauf keine Rücksicht nahm, ist unverständlich. Wir halten die Aufrechterhaltung dieses Urteils für ganz ausgeschlossen.

**„Erfolge“ in Deutsch-Südwästafrika.** Amtlich wird gemeldet: Mit Cornelius von Weltzien, der sich mit seinem Namen an einen Anhänger gestellt hat, ist einer der bedeutenderen Gegner ausgeschieden. Cornelius befand sich vom Juni bis September 1904 als Landesrichter beim Stade des Oberschen von Detmold und nahm am Gesetz am Waterberg und der or dasselbe sich anschließenden Verfolgung teil. Frankenthaler wurde ebenfalls entlassen. Anfang März 1905 tauchte er zum ersten Mal wieder der Nordbayer auf und hat seitdem in unzähligen Streitkämpfen unteren Truppen viel zu schaffen gemacht. Nach der ihm beigebrachten Niederlage an der Altdammschlucht am 19. Januar wurde die Verfolgung bis in die letzten Tage durch verschiedene Abteilungen unermüdlich fortgeführt, sobald Cornelius die Weiterführung des Kampfes wohl für ausichtslos hielt und sich schließlich stellte. Von Südländchen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Am 14. d. M. kamen etwa 200 Hottentotten am Ausgang der Norenschlucht, unweit Sandfontein, in der Absicht, der Abteilung Erkert die Pferde zu rauben. Hauptmann von Erkert kam ihnen zuvor und griff sie mit Teilen der 10. und 12. Kompanie des Feldregiments 2 an. Er war in 9½ Stunden Gesetz den Feind in der Richtung auf Kommandeur zurück. Vor der Sklumberquelle bei Kindersitz aus war Leutnant Degenfeld mit zwei Maschinengewehren auf das Geschlecht gerettet, und es gelang ihm, die abziehenden Hottentotten gegen 3 Uhr Nachmittags unter willkommene Feuer zu nehmen. Der Gegner löste sich in einzelne Gruppen auf und floh unter Zurücklassung von einigen Gewehren und ausgerüsteten Reitern in der Richtung auf Hartbeesfontein. Fünfzig Reiter der Abteilung Hornhardt, die von Warmbad und Hartbeesfontein herkamen, verfolgten den Feind bis um 5½ Uhr Nachmittags zu erreichen. Sie kamen nicht mehr zum Einreiten. Von der Abteilung Erkert sind fünf Reiter gescheitert; schwer verwundet vier Reiter. — Kundschafternachrichten besagen übereinstimmend, daß Morengau und die Werden der Bondels noch bei Hartbeesfontein stehen, während sich Morris westlich von Goabis und bei Heroldi auf dem linken Orangejäger aufzuhalten soll. Größere Hottentottenkommandos bis zu 100 Personen durchstreifen die Gegend und beurruhigen die deutschen Viehpisten.

## Ausland.

**Vom Marokko-Rummel.** Über die hart umkämpfte Polizeifrage scheint die Konferenz sich noch immer nicht geeinigt zu haben. Die „Agence Havas“ berichtet aus Algieria vom Dienstag Mittag: In der von Deutschland erzielten Antwort wird der Vorschlag Frankreichs, nach dem die von dem Sultan auszurückenden Offiziere französischen und Spanier sein sollen, abgelehnt. Deutschland erklärt, daß der Vorschlag Frankreichs dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko widersetzt.

Deutschland soll, wie dem „Malin“ noch aus Algieria verzeichnet wird, in seiner Antwort Frankreich keine Rechte und Gewalt verwehren, um die Werte der Freiheit und Unabhängigkeit zu erhalten. Der Verteidiger wird die Antwort Deutschlands nach Paris übermitteln.

**März dem neuen französischen Präsidenten.** Die vom Ministerpräsidenten Rouvier in der Deputiertenkammer verlesene Volkswahl-Kallierung gebietet zunächst der großen Bürgerjugend den Einsatz und appelliert an die Mitarbeit aller Republikaner, kennt aber gleichzeitig, daß man allen, ohne Unterschied der Abstammung und des politischen Glaubens, den Schutz sämtlicher Rechte und Gewährleistung aller Freiheiten schulde. Sodann hebt die Botschaft die Würde und Ruhe hervor, mit der sich die Bürgerschaft vollzog, als Beweis für den Fortschritt der politischen Sitten und der Festigkeit des 25-jährigen republikanischen Regimes. Die Kammer möge den Vertretern des Landes entgegen durch ihr Werk für seine Sicherheit, Größe und Zukunft. Kallierung röhmt dann die Armee. Wenn auch jeder Gedanke fernliege, daß die Stärke eine Drohung gegen irgend jemand bedeuten sollte, darf doch niemand an ihre Veränderung denken, da sie das sicherste Unterpfand für die Erhaltung des Friedens bilde. In ihrer auswärtigen Politik, die mit Gerechtigkeit, Erleichterung, Pfändung und Freiheit geleitet werde, gebe die Republik in ihrer andauernden Freiheit gegen die Freunde und die Verbündeten ein Beispiel, um welchen Preis sie herzliche Beziehungen zu allen Mächten zu erhalten sucht. Im Innern werde der gütige Genius Frankreichs weiter Handel, Industrie, Akademie, Wissenschaften und Künste fördern. Die Botschaft weist dann auf die zur Beratung kommenden sozialpolitischen Gesetze hin, die den sozialen Frieden fördern sollen und schließt: „Als treuer Diener der Demokratie wollen wir unablässigt daran arbeiten, die Menschheit immer besser zu machen, mit immer tiefer gehendem öffentlichen Gewissen, und wollen uns in neue Weise widmen der Sache des Fortschritts und der Kultur des Vaterlandes.“

Die Linke begrüßte die Botschaft mit lebhaftem Beifall. Die Rechte verbirgt sich schweigend. Das Haus setzte dann die Versprechungen der Interpellation Rouvier, betreffend die Beziehungen in Französisch-Kongo, fort.

Der Marokoangelegenheit wird in der Botschaft keine Erwähnung getan. Allerdings ist das auch eine fiktive Frage.

## Partei-Angelegenheiten.

### Partei-Danktung.

Zum Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteidanktäge ein:

- Lübeck, sozialdemokr. Verein für Lübeck Land, Eulen 4. Quart. 1905 19.— Lübeck, Wahlkreis Lübeck Stadt 4. Quartal 1905 54.— Altenburg, Wahlkreis Sachsen-Altenburg 500.— Berlin, 4. Kreis Südost (Festbetrag vom vorigen Jahre) 4500.— Groß-Berlin, a. Conto der Monatsbeiträge seiner acht Wahlkreise 14.000.— Berlin, a. Conto diverse Beiträge 798.10, a. C. C. Berlin 40.000.— Bückeburg, 1. Q. C. 2.50.— Bremen, B. C. 10.— Bremen, sozialdemokr. Verein 2.0.— Bielefeld, C. Sch. 2.— Neuenhain (Oberh.), v. Parteidankt 5.— Cassel-Meissungen, Wahlkreis 20.— Düren vom Wahlverein Düren Jülich 12.— Darmstadt, Parteidanktag 20.30.— Dortmund, Sozialdemokratische Parteidanktage 12.— Düsseldorf, Parteidanktag 50.— Dessau, Wahlkreis Anhalt 1.

8974. Belangen 10.—. Guslichen-Berghain 4. Quartal 1905  
1.85. Oberbach i. S., ein Gemeindegeller von Württemberg  
2.—. Falkenberg (Obersch.) 4.—. Hamburg. Vereinsabend der  
Waisenmarkt-Verein der Haushalte, Kontoristen, Pader und Verwurz-  
genossen 232,75. Hamburg, im Monat Januar in der Expedition  
des "Hamburger Echo" eingetragene 76.—. Bangelsdorf, Beitrag vom  
Waisenverein 20.—. Ludwigshafen a. Rh. Beitrag vom sozialdemo-  
kratischen Verein 200.—. Langenfeld, von Arbeitern aus dem  
Gulengeschiebe 100.—. Lünen 5.—. Maasdorf, E. W. 1. Quartal 06 10.—.  
Metz 17. Nachl. Reichslags-Wahlk. 100.—. Wilhelm a. Rh.,  
Wahlkreis Mühl-Wipperfürth-Gummersb., 4. Quartal 05 69,74.  
Neumünster 1,87. Nürnberg, G. E. 6.—. Nürnberg, G. S. 8.—.  
Nürnberg, Gau Nordbayern, 2. Halbjahr 1905 1522,80. New York,  
Dr. W. Romm 10.—. Oberstein a. R., sozialdemokratischer Verein  
Westenfeld, 4. Quartal 1905 23,56. Oelsnitz i. B., von  
den Parteikassen 100.—. Oelsnitz b. Linzach i. S., von Kündigung  
bei W. M. 2.—. Potsdam-Spandau-Ostborsigland, Kreiswahl-  
verein 182,83. Potsdam, 3. Säumer 1.—. Randow-Greifenhagen,  
sozialdemokr. Wahlkreis 100.—. Stutthalde, G. U. 10.—. Vor-  
wärts 4. Quartal 1905 24 168,20. Wittenberg, Simon 3.—.  
"Wahrer Jacob", Beitrag für 1905 18,000.—. Wittlich,  
4. Quartal 1905 3.—. Z. D. B. 40,000.—.

Berlin, den 16. Februar 1905.

Für den Parteivorsitz: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

**Die Gewerkschaftswahlen in Straßburg** haben unseren Ge-  
nossen einen ganz hübschen Erfolg gebracht. Gelang es auch nur,  
von 5 Kandidaten eines der unseren durchzubringen, so erzielten wir  
doch ganz erhebliche Stimmenzunahmen; in dem für völlig aus-  
schlüsslich gehaltenen dritten Wahlbezirk fiel unsere Stimmenzahl von  
605 bis 782 im Jahre 1902 auf 967 bis 1024.

**Königl. bayrischer Sozialdemokrat a. D.** Der Schuh-  
machermeister Hieberger in München, die Kraft Urteilsspruch des  
vorligen Amtesrichters „in Namen de“ Körige“ zum Sozialdemok-  
raten erklärt wurde, ist aufmerkt durch den jungüberzeugten Rechts-  
anwalt Goldschmidt seinen Aussatz aus der Partei anzuge-  
nehmen. Ein Denunziant ist gegangen, also ist ein Gewon für die  
Partei zu verzeichnen.

Die "Bremische Bürgerzeitung" wird mit dem 1. Ap. il 1905  
einem Abendblatt umgewandelt werden. So hat die Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Bremen am Sonn-  
tag beschlossen. Die "Bremische Bürgerzeitung" war neben dem "Vor-  
wärts" und dem "Hamburger Echo" das einzige Parteiblatt, daß in  
der Stadt gedruckt wurde und Morgens erschien. Zu dem Umwand-  
lungsbefluss bewirkt die Redaktion des Bremischen Buder-  
blattes: "Die Rebaktion der Bremischen Bürger-Zeitung"  
sicht in diesem Beifluss einen erstenlichen Fortschritt in gering-  
technischer wie auch in sozialer Beziehung. Wir begrüßen ihn  
deshalb mit großer Freude. Was an der Art des Zustande-  
kommens dieses Beschlusses, an dem Verhalten der Generalsammlung am letzten Sonntag besonders erstaunt wirkte, das  
war der darin zum Ausdruck gekommene entschlossene Wille, gegen  
hergebrachte Gewohnheiten mit rücksichtloser Entschiedenheit vorzu-  
gehen, sobald sie sich dem für notwendig erkannten Fortschritt in den  
Weg stellen."

**Schiuro, Spiegel!** Unser belgisches Parteiblatt "Le Peuple"  
teilt das Signalement und das Porträt eines russischen Spiegels mit,  
der in Deutschland und in Belgien tätig ist. Er ist klein, blond  
(nicht aber schön), hat eine heisere Stimme, tränende  
Augen und trägt oft eine blaue Brille. In Berlin und in der  
Schweiz ist er bei der Ausweisung zahlreicher russischer Genossen der  
Polizei beobachtlich gewesen.

## Arbeiterbewegung.

Wegen Verbündifferenzen feierten in Magdeburg bei der  
Ebbelerbauer-Werkstatt 120 Männer die Arbeit wieder.

**Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes** gibt in der  
"Holzarbeiter-Zeitung" bekannt, daß nach einer verbündeten Zusammenstellung im Jahre 1905 nicht weniger als 920 einzelne Wohn-  
bewegungen schriftlich der ohne Arbeitseinstellung verlaufenen  
vom Verband geführt werden müssen. Die Zahl der Streiks liegt  
von 207 im Jahre 1903 auf 361 im Jahre 1904 und auf 443 im  
Jahre 1905. Während die Naher-Sausgabe für die Streiks im Durch-  
schnitt der 10 Jahre von 1894 bis 1903 nur 239,988 Mk. betrug,  
forderte das Jahr 1904 allein die gewaltige Summe von 1,145,555  
Mk., und im Jahre 1905 ist der Betrag noch weiter gestiegen! In  
den zwei Jahren 1904 und 1905 sind die Ausgaben für die Streiks  
größer gewesen, als in den vorangegangenen 10 Jahren zusammen-  
gezogen. Es wird freilich darauf hinweisen, daß die Forderungen  
der Einführung einer Krankenunterstützung durch den Verband immer  
deindividuell werde. Der Verband kann selbst deshalb an den Ver-  
bandsarbeiter den Antrag, den Wochenbeitrag auf 50 Pf. zu erhöhen  
unter gleichzeitiger Einführung der Krankenunterstützung.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Februar.

\* **Aleine Geschenke erhalten die Freundschaft.** Wie  
der "Schles. Blg." aus Berlin berichtet wird, sind nun-  
mehr alle Oberpräsidenten in Preußen angewiesen worden,  
sowie sie es für angebracht halten, Polizei und Vor-  
dienstungen zu entlassen, um den zahlreichen Unglücks-  
fällen der letzten Zeit, die sich durch unvorsichtige Hand-  
habung mit Schußwaffen ereigneten, in Zukunft einen  
Mangel vorzuschieben. Es sollen Revolver, Abordnungswaffen,  
Taschus, Dolche und Jagdmesser nur an Personen ver-  
kaufen werden, die einen polizeilichen Waffen-  
schein besitzen. Waffenscheine werden für die Zukunft  
nur an Personen ausgestellt, die ein Bedürfnis zur  
Führung dieser Waffen nachweisen, zuverlässig sind, und  
ein Alter von 21 Jahren aufweisen. Die Waffenhand-  
lungen können angezeigt werden, genaue Verkaufsstätter  
zu führen.

Auch diese angeblich gegen den "Waffenmissbrauch" ge-  
richtete Verfügung läßt erkennen, daß es dem Minister  
lediglich daraus ankommt, die Waffenlieferungen für die  
russischen Revolutionäre zu unterbinden. Man will sich durch dieses kleine Geschenk an den Känturen-  
zonen offenbar dessen erhabene Freundschaft sichern. Selbst-  
verständlich wird dafür gesorgt werden, daß trotzdem kein  
einziges Revolver weniger über die Grenze kommt! Wenn  
die russischen Bluthunde nicht imstande waren, die Re-  
volution zu erdrosseln — preußische Minister bringen es  
einfach nicht fertig!

\* **Angebot billiger Arbeitskräfte.** Daß die Arbeiter-  
kinnen vieler Berufe unter der Heimarbeit von Beamten-  
köchtern, Beamtenfrauen, ja selbst Töchtern sogenannter  
besserer Kreise schwer zu leiden haben, weil diese weib-  
lichen Elemente standesgemäß Geld für Handschuhe,  
Schleier usw. brauchen, ist eine alte Erfahrungstatsache.  
Aber auch die männlichen Arbeiter haben in einigen Be-

rufen zu klagen über ein billiges Angebot von Arbeitern,  
die es für ihr standesgemäßes Leben nicht nötig haben,  
einen ausreichenden Lohn zu verlangen. So wird z. B.  
berichtet, daß in einer Schleiferfabrik in Görlitz ein pen-  
sionierter Wahnbeamter, der 75 Mark Pension bekommt pro Monat, für 15 Pfg. Stundenlohn Schleifer-  
arbeit verrichtet. Der Mann, der mit der Kriegsden-  
münze geschmückt ist, schwärmt nebenbei für alles Patent-  
patriotische. Er wundert sich deshalb, daß seine Söhne  
organisiert sind. Er vergißt dabei ganz, daß gerade das  
Verhalten des patriotischen Vaters die Söhne für den  
Organisationsgebau empfänglich macht. Wenn der Mann  
mit seiner Pension nicht auskommt, so mag er ruhig  
arbeiten, aber er hat dann die Pflicht, einen auskömmli-  
chen Lohn zu verlangen. Die Männen sind heute glück-  
licherweise so tug geworden, daß sie auf einen Patriotic-  
mus, der sich als Lohndrückerei gibt, absolut nichts geben.

\* **Etwas zur Versammlungsreform.** Ein eifriger  
Versammlungsbetreuer schreibt unserem Bruderblatte in  
Langenbielau: Der Aufenthalt in einem Versammlungs-  
raum wird den Genossen und Genossinnen oft erschwert  
dadurch, daß die Luft durch Lüftungskanäle im  
verpestet worden ist. Ein dichter Rauchnebel ruht  
über den Köpfen der Besucher und statt reiner Luft müssen  
dieselben die verdorbene Luft einatmen. Es kommt vor,  
daß Genossen derartige Rauchwolken zur Decke schicken,  
daß man glaubt, sie wollen einem in Betrieb befindlichen  
Fabrikschornstein Konkurrenz bieten. Man braucht gar kein  
Alkoholiker zu sein, um nach dem Besuch einer solchen  
Versammlung einen ganz gehörigen Kopfschmerz zu be-  
kommen. Auf die Frauen müßte in dieser Beziehung weit  
mehr Rücksicht genommen werden, ferner haben nicht alle  
Besucher "eiserne Nieren" und auch der Gesundheitszu-  
stand unserer Reserventen, die ja am meisten unter dem ge-  
rügten Zustande zu leiden haben, ist nicht immer der beste.  
Aus all diesen Gründen müßte auch der leidenschaftliche  
Raucher zu der Erkenntnis kommen, daß er mit dem Be-  
treten des Versammlungsraumes das Rauchen einzustellen  
hat. Ein dazu bestimmter Genosse könnte in höflicher  
Weise am Eingang des Saales stets darauf aufmerksam  
machen. Eine Tabakspfeife oder eine Zigarre in allen  
Sachen, aber aus den Versammlungen müssen sie im all-  
gemeinen Interesse verschwinden.

## Kinderhandel!

In einer hiesigen Zeitung finden wir dieses Juilletat:

O. W., Neuerstraße 18.

Wie kommt sie das Kind mit ein-  
maliger Abfindungssumme?

Das ist Menschenhandel in seiner brutalsten Form! Die Sitt-  
lichkeit vereine brauchen nicht auf galizische und russische Menschen-  
händler Jagd machen, in Deutschland, in dem Sittlichkeit und Moral  
der "besseren" Stände in besonderer Weise stehen, finden wir dieses  
schändliche Gewerbe in Meinlust. Allerdings unter anderen Titeln,  
man braucht nur die Angelegenheiten der Interatenplantagen aller  
Vereinigungen, von den freitags-jüdischen bis zur konservativ-  
antisemitischen Couleur, durchsehen, um alltäglich neue Beweise dafür  
zu finden. Hier werden uneheliche Kinder zum Kauf angeboten, will  
sagen, gegen eine Abfindungssumme, dort bieten sich Damen und  
Herren der "Gesellschaft" gegen hohe Summen als Heiratslustige an  
oder ein Vermittler treibt Geschäfte dieser Art ganz geschäftsmäßig.  
Und diese Leute wollen bei den Proletarien Vorlesungen über ihr  
sittliches Verhalten anbringen!

## Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* **Achtung, Zimmerer!** Freitag Abend findet im  
Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung  
statt. Es gilt Stellung zu nehmen zu dem von seitens  
der Arbeitgeber ausgearbeiteten Tarif. Näheres siehe  
Inserat.

**Achtung, Schuhmacher!** Alle in der Schuh-  
industrie und im Handwerk beschäftigten Arbeiter und Ar-  
beiterinnen machen wir an dieser Stelle noch einmal auf die  
Donnerstag stattfindende öffentliche Schuhmacher-Ver-  
sammlung aufmerksam.

## Neueste Nachrichten.

### Noch ein Aufrührungsprozeß!

Der neueste Schreckenskurs der Justiz will auch in Erfurt  
seine Opfer haben. Gegen die "Volksline" sind nicht weniger als  
sieben Anklagen wegen "öffentlicher Aufrührung zu Gewalttätig-  
keiten" und wegen "Beleidigung von Staatsbeamten".  
erhoben worden. Die Artikel und Notizen erschienen alle kurz vor  
und nach dem 21. Januar.

Der Justizschecken geht durch's Land!

### Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

20. u. 21. Febr.	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftdrucke (C.) . . . . .	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,4
Luftdruck bei 0° (mm) . . . . .	750,0	751,1	751,6
Dunstdruck (ram) . . . . .	4,8	4,4	5,3
Dunstfeuchtigkeit (v.Et.) . . . . .	85	84	96
Wind (0—12) . . . . .	SO 1	SO 3	Still.
Wetter . . . . .	wolig.	bedeckt.	teile.

## Standesamtliche Nachrichten.

**Herrats-Antändungen.** I. Schlosser Georg  
Döbölzel, kath. Berlinerstraße 19, und Emma Ulrich, ev., das-  
Hilfseiter Karl Plunk, ev., Alnsdorf, und Marie Kreßmer, ev.,  
Leutensstraße 17. — Schlosser Richard Redlich, ev., Mariannen-  
straße 3, und Elisabeth Kreßmer, ev., Leutensstraße 17. — Mauer-  
August Hamm, kath. Messergasse 30, und Emilie Willner, ev.,  
do. — Buchdrucker Max Joch, ev., Schuhstraße 16, und Clara  
Lueder, evang., Dunckerstraße 46. — Buchdrucker Lorenz Kola, kath.,  
Tannengasse 1, und Anna Kola, kath., Kupfermiedestraße 9. —  
Arbeiter Josef Scherer, kath., Groß-Moabit, und Emma Wörsch, kath.,  
Berlin-Tiergarten 192. — Arbeiter Max Klemm, katholisch,  
Pöpelwitzstraße 61, und Gertrud Steinberg, ev., Berliner Tiergarten  
Nr. 159. — Mauer Wilhelm Käbler, ev., Münzstraße 3, und  
Pauline Freitag, ev., Gullander-Wiesensee. — Postbote Paul Neu-  
dahm, ev., Altbauerstraße 48, und Agnes Thamm, ev., Ohlauer

Stadtgraben 16. — Schlosser Bernhard Müller, kath., Siebenstädter-  
straße 28, und Pauline Erdmann, kath., Bergstraße 5. — Schlosser Antonius  
Weigel, kath., Bergstraße 7, und Hedwig Alexander, kath., Kupfer-  
miedestraße 3b. — Schlosser Conrad Bachus, reform., Rennstraße 44, und  
Maria Hartmann, kath., Schmiedestraße 44. — Mechaniker Bruno  
Kießel, ev., Friedländerstraße 42, und Friederike Kießel, ev., Geppen-  
straße 13. — Schlosser Heinrich Wenke, evang., Antikenstraße 20. — Arbeiter Richard  
Eckel, evang., Antonienstraße 37, und Pauline Eckel, evang., Wohl-  
enbach, evang., Friedländerstraße 28, und Martha Waldau, evang., Fried-  
länderstraße 42. — Fleischer Paul Matthes, kath., Friedländerstraße 28. — Fleisch-  
koch Ferdinand Vahl, kath., Friedländerstraße 9, und Ida Kramer, kath., Fried-  
länderstraße 11. — Arbeiter Julius Kundi, kath., Schulstraße 8. — Arbeiter August  
Zimmermann, evang., Friedländerstraße 40. — Arbeiter Julius Kundi, kath., Schei-  
nigerstraße 50, und Maria Käbler, evang., daselbst. — Fleischer  
Karl Hamm, kath., Friedländerstraße 16, und Hedwig Schädel, kath.,  
Büchenerstraße 1. — Fleischer Paul Heinkel, kath., Ottostraße 36,  
und Elisabeth Schädel, evang., daselbst. — Fleischer Wilhelm Scholz, kath.,  
Hirschstraße 73, und Therese Kuhn, kath., daselbst. — Arbeiter  
Richard Antonius, evang., Fleischstraße 9, und Anastasia Koch, ge-  
borene Bartels, kath., Ohlauer See 74. — Schuhmacher Karl  
Lemieder, kath., Ehrenbreitstraße 9, und Anna Winkler, ev., daselbst.  
Fleischer Richard Oberle, ev., Leutensstraße 42, und Martha Fried-  
rich, kath., Friedländerstraße 2a. — Schuhmacher Constantin  
Wüller, kath., Auguststraße 128, und Gertrud Haase, kath., Bergmann-  
straße 5. — Analist-Büroangestellter Georg Ullrich, kath., Adolf-  
straße 14, und Antonie Valentini, kath., Prayez. — Gerichtsreferendar  
Wilhelm Sensleben, ev., Salzdorfer Platz 7, und Friederike, ev.,  
Moltkestraße 5. — Fleischküche Max Schwarzer, kath., Fried-  
länderplatz 8, und Emma Wehlhöfer, ev., Friedländerstraße 25. —  
Fleischer August Pantofka, kath., Berliner Chaussee 74, und Anna  
Kreischer, kath., Schlegelstraße 15. — Fleischkocher Joseph Krause,  
kath., Weißensee, und Pauline Krause, geb. Stiel, ev., Friedländer-  
straße 37, und Eusebius Neugebauer, ev., Hellendorf 16.

Geburten. I. Eisenbahndienstleiter Otto Wille, ev., S. —  
Arbeiter Paul Deitsch, kath., S. — Fleischkocher Hermann  
Mätsche, ev., S. — Maurer Wilhelm Müller, kath., S. — Schorn-  
steingerbeiter Adolf Hartmar, ev., S. — Müller Emil Reinert,  
ev., S. — Restaurateur Heinrich Hörmann, ev., S. — Arbeiter Erd-  
mann Kiesewetter, ev., S. — Hausbäcker Hermann Rothe, ev., S. —  
Fleischer Robert Kübler, ev., S. — Fabrikarbeiter Friederika John,  
ev., S. — Schuhmacher Hermann Schwarzer, kath., S. — Monteur  
Wilhelm Schubert, ev., S. — Schuhmacher August David, ev., S. —  
Geldgießer Alois Fuß, kath., S. — Handhälter Ernst Knipper,  
evang., S. — Fleischer Hermann Richter, ev., S. — Fahrwirks-  
chaftler Fritz Gramatze, ev., S. — Kaufmann Siegfried  
Peter, jhd., S. — Schmid Julius Bodinger, kath., T. — Metall-  
arbeiter Paul Gierach, ev., T. — Schmid Wilhelm Hoffmann, ev., S. —  
II. Gaskantatikschlosser Karl Becker, evang., T. — Fleischküche  
Richard Voßhammer, ev., S. — Werkmeister Paul Schleicher, ev., T. —  
Eureaugebäcker Albert Griner, kath., T. — Stellmacher Gustav  
Hinke, ev., zwil., T. u. S. — Maschinist Gustav Mittag, ev., S. —  
Haushälter Max Seifert, kath., T. — Kutschier Oswald Schmidt,  
ev., S. — Motorpolier Paul Töller, ev., S. — Zimmermann  
Karl Heinrich Tiefenbacher, ev., S. — Bahnarbeiter Hugo Kreibis,  
ev., T. — Straßenbahnmäärler August Eckert, ev., S. — Maurer  
Robert Mord, ev., S. — Handlungsgäbille Josef Spröer, kath., S. —  
Schuhmacher Adolf Knoval, kath., T. — Stellmacher Wilhelm  
Möckel, ev., T. — Buchhalter Gustav Hinke, ev., S. — Fleischer  
Karl Urbank, ev., S. — Restaurateur Gustav Welt, ev., T. —  
Eisenbahnschaffner Max Deutschmann, ev., S. — Arbeiter Richard  
Zacher, ev., T. — Fleischer Richard Sabel, ev., S. — Steinmetz  
Richard Galle, ev., S. — Fleischer Karl Bürdorff, ev., S. —  
Fleischküche Hermann Maiwald, ev., T. — Handelskärtner Gott-  
lieb Linke, ev., S. — Stellmacher Franz Kedzie, kath., S. — Buch-  
halter Max Schindel, ev., S. — Schlosser Alfonso Kowalowitzki,  
kath., S. — Schuhmacher Hugo Welt, ev., S. — Arbeiter Karl  
Stephan, kath., S. — Schuhmacher Paul Grindler, kath., T. —  
Flicker Gustav Kempf, evang., T. — Schlosser Max Beckmann,  
evang., T.

</div

**Distrikt 7 (Ribbeck-Vorstadt).**  
Beigetrete 1 und 2 (früher 18. Bezirk). Donnerstag, den 22. Februar: Zusammenkunft und Wahlabend.  
Beigetrete 6 und 7 (früher 20. Bezirk). Mittwoch, den 21. Februar: Wahlabend und Zusammenkunft, sowie Angabe der Mitgliedsdokumente. Die Bezirksführer.

**Distrikt 8 (Oberitor).**  
Samstagabend, den 24. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer. Vorhandene Marken sind zur Kontrolle mitzubringen. Diejenigen, die in der letzten Zeit „Volkswacht“-Abonnenten geworden haben, sind eingeladen.

**Distrikt 10 (Sandtor).**  
Mittwoch, den 21. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer bezüglich Abrechnung der Marken und Programm und Bildende der Mitgliedsdokumente im bekannten Votum.

**Sand-Distrikt 3 (früher Distrikt 10, Beig. 27a).**  
Sonntag, den 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Zusammen-

taut der Mitglieder im Restaurant Schmiedehof. Einteilung der Bezirke und Wahl der Bezirksführer.

**Distrikt 13.**  
Beigetrete 2 und 3. Freitag Abend: Zusammenkunft. Lokal wird noch bekannt gegeben.

**Ohlau.** Zentralverband der Maurer (Bauverein Ohlau). Sonntag, den 25. d. Wk., Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Händel.

**Jauer.** Große öffentliche Volksversammlung. Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Adler“. Tagesordnung: 1. Die Stellung der Frau in der Industrie. Referentin: Frau Hedwig Kiesel - Berlin. 2. Der Werkmeister Hogen von der biesigen Tuchfabrik und das Koalitionsrecht der Arbeiter. Referent: Otto Kritsch - Liegnitz.

**Schweidnitz.** Versammlung. Samstagabend, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, im „Seltzarten“: Große öffentliche Versammlung.

Vortrag des Gauleiters Gustav Neuring - Dresden über: „Der Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation auf das Familienleben“.

**Wiegitz.** Sozialdemokratischer Verein für Borsig-Wiegebberg - Gähnau. (Ortsgruppe Wiegitz) Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung.

**Striegau.** Verband der Fabrik-, Hand- und Hilfsarbeiter. Samstagabend, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle“.

Verantwortlich für die Rubriken: „Breslauer Nachrichten“, Ausgabe Breslau und Posen, das Heimblatt und die Intervale: Robert Albert; — für alles übrige: Franz Althaus. — Redaktion und Expedition: Neue Grunewaldstraße 6/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schäfle G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. — Seite 1 bis Seite 495.

## Stadt-Theater.

Mittwoch:  
Gästspiel  
Sigrid Arnoldson:  
„Palm.“  
(Barlett 5 Mk. 2.)  
Donnerstag:  
Anfang 7 Uhr:  
Die Rivalitäten.  
„Der neidende Siegfried.“  
„Siegfried's Tod.“

**Lobe-Theater.**  
Mittwoch:  
„Und Vipsa tanzt.“  
Donnerstag:  
„Der Generalkonsul.“  
Freitag:  
„Famisse.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.  
Freitag:  
Gruppe G. 6. Vorstellung:  
„Die versunkene Glocke.“  
Samstag:  
Gruppe II. 5. Vorstellung:  
„Die versunkene Glocke.“

**Liebich's Etablissement**  
Telephon 1648.  
Die weitberühmte  
**Kaufmann-Truppe**  
und das beliebte  
Februar-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr

**Victoria-Theater**  
(Simmerauer Garten).  
12 Attraktionen 12  
Mittwoch:  
Karies-Gästspiel  
**Marguerite,**  
die Löwenbraut.  
Anna und Siegmund  
**Linné.**  
Wanna und Therese  
**Schüff.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sowohl am Freitag als auch am

**Steinkohlen**  
Briketts und Keks  
sowie in beliebten Preisen  
**Rudolf Lauther,**  
Sünderstrasse 12. 444

**Volksvorstellung 1905/6**  
(Thalia-Theater).  
VIII. Aufführung.  
Sonntag, den 25. Februar 1906,  
Nachmittag 3 1/2 Uhr:

**Stein unter Steinen.**  
Preise der Plätze:  
Bretterg. sind nur noch 1. Rang 0.70, Galerie 0.10.  
Zu haben in der Expedition der Volkswacht,  
sowie bei den Goldporten.

**Ein katholischer Pfarrer  
als Sozialdemokrat.**  
Aus dem Holländischen des  
Dr. J. van den Brink, römisch-katholischer Priester  
zu Sint Maartensdijk in Holland.  
Preis 10 Pfennige.

**Ein katholischer Pfarrer  
als Sozialdemokrat.**  
Aus dem Holländischen des  
Dr. J. van den Brink, römisch-katholischer Priester  
zu Sint Maartensdijk in Holland.  
Preis 10 Pfennige.

## Zeltgarten

Dir.: H. Kreislik.

Vollständiger  
Programmwechsel  
u. a.

**L'herres**  
**Lenka**

Schulerzieherin und  
Hande-Presse-Akt.  
Zum 1. Male in Breslau.  
Eintree 30. Ref. 50 Mk.

## Palmengarten.

Dir.: H. Kreislik.

2 Röppellen

Entree frei.

Voranzeige!

Freitag, den 27. Februar  
(Kurz-Festnacht):

**Lumpen-Ball.**

Großes Fest.

## Konzerthaus Flora.

Dir. H. Krisslik.

**Neue**  
**Kapelle.**

Entree frei!

Morgen Donnerstag:

**Gr. Bockfest.**

## Konsumverein für Striegau u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Sonntag, den 25. Februar er., nachmittags 3 Uhr:

## Ausserordentliche General-Versammlung

im Gasthof zur „Bierquelle“ (Gräben).

Tagesordnung:

1. Geschäftsbereicht.
2. Beschlussfassung über Errichtung einer Filiale in Königszelt.
3. Änderung der Amtstellungsverträge des Vorstandes.
4. Änderung der §§ 4, 18, 44 Abs. 3, 52 Abs. 2 des Statuts.
5. Verschiedenes.

Eintritt ist nur für Mitgliedern gestattet.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins f. Striegau u. Umgegend, E. G. m. b. H.

H. Köhler. Vorsteher.

481

502

522

542

562

582

592

602

622

642

662

682

702

722

742

762

782

802

822

842

862

882

902

922

942

962

982

1002

1022

1042

1062

1082

1102

1122

1142

1162

1182

1202

1222

1242

1262

1282

1302

1322

1342

1362

1382

1402

1422

1442

1462

1482

1502

1522

1542

1562

1582

1602

1622

1642

1662

1682

1702

1722

1742

1762

1782

1802

1822

1842

1862

1882

1902

1922

1942

1962

1982

2002

2022

2042

2062

2082

2102

2122

2142

2162

2182

2202

2222

2242

2262

2282

2302

2322

2342

2362

2382

2402

2422

2442

2462

2482

2502

2522

2542

2562

Donnerstag, den 22. Februar 1906.

## Der sechste Jahrestag der englischen Arbeiterpartei.

Am 15. und 16. d. Ms. traten in der Memorial Hall zu London die Delegierten der an das Labour Representation Comitee angeschlossenen Arbeiter-Korporationen zusammen, nachdem, wie schon mitgeteilt, am Tage vorher die gewählten Abgeordneten eine Zusammenkunft gehabt hatten. Das Arbeitervertreterkomitee, das erst im Jahre 1900 gegründet wurde, ist heute bereits zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben Englands geworden. Nachdem die englische Arbeitersklasse Jahrzehnte hindurch der liberalen Partei Heeresfolge geleistet, hat sich die Idee einer unabhängigen Arbeiterpolitik in der großen Masse der englischen Arbeiter nur langsam Bahn brechen können. Der Umschwung, der sich im letzten Jahrzehnt vollzogen, und der in Zukunft zweifellos ein noch viel schnellerer sein wird, ist vor allem dem Wirken der englischen Sozialisten zu danken. Ein weiteres hat die englische Regierung, vor allem über die Lords, mit der Brüderlichkeit der Trade Unions getan. Die Überzeugung von der Notwendigkeit eines proletarischen Klassenkampfes gegenüber den bürgerlichen Klassen gewann immer mehr an Kraft. Als dann auf dem Trade Unions Kongress 1899 der Sozialist James Holmes den Antrag einbrachte, einen Kongress von Vertretern der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen Korporationen einzustufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie z. B. Guizot bei parlamentarischem Arbeiterwahlrecht werben könnte, sah dieser allgemeine Zustimmung und die Gründung der neuen Partei vollzog sich bereits im Februar 1900. Hatten die Gewerkschaftskongresse schon in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren, so gewann die neue politische Arbeiterbewegung unerwartet schnell und in steigendem Maße an Einfluss. Hat doch die Partei bei den letzten Wahlen in den fünfzig Wahlkreisen, in denen sie Kandidaten aufgestellt hatte, insgesamt 323,125 Stimmen aufgebracht.

Der diesjährige Kongress war von 350 Delegierten besichtigt, die insgesamt 921,000 Mitglieder vertreten. Als Präsident des Kongresses wurde auf Vorschlag Fred Gardie's der Sozialist Geneser gewählt. In seiner Eröffnungsrede feierte dieser den Sieg der Arbeiterpartei; er betonte darauf, daß 49 von den Mitgliedern des Grand Comitee, welches die Verschaffung des Gewerkschaftskongresses herbeigeführt hatte, bei den Wahlen 29 auf der Strecke geblieben seien. Als die neue Regierung sah er keine großen Hoffnungen: "Es ist ganz die gleiche, wie die alte... Wir werden ihr unsere Unterstüzung angeleihen lassen, wenn möglich und wir werden sie befürworten, wenn immer es uns notwendig erscheint." Die Arbeitervertreter — so führte der Redner weiter aus — haben größere Verantwortung, als die Anhänger des Ministeriums; sie haben darüber zu wachen, daß die Politik der Regierung in Übereinstimmung sich bestünde mit den Interessen der Allgemeinheit. Im Parlament werde es an Verübung, die Partei zu halten, nicht fehlen, aber es sei der festen Überzeugung, daß zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaften so viel gemeinsame Verbindungspunkte bestehen, daß sie zusammen arbeiten würden für die Ziele, die ihnen gemeinsam sind. Die Erfolge der Wahlen haben gezeigt, daß die Arbeiter sich endlich zu Gunsten einer sozialen, unabhängigen Politik befürwortet haben, und die Prinzipien, auf Grund deren wir vereint sind, und unsere Wählerfolge erzielt haben, müssen wir auch aufrecht erhalten. Diese klaren und zielbewußten Worte des Präsidenten wurden mit grossem Beifall aufgenommen und durch keinen anderen Redner abgewichen. Es folgten Begrüßungsreden, u. a. auch eine des als Gast anwesenden Genossen Jean Longuet (der bekanntlich ein Schwiegersohn von Karl Marx ist und jetzt in Paris lebt).

Der zweite Verhandlungstag brachte Dekreten von prinzipieller Wichtigkeit. Nach Quelch und Fred Geneser brachte den Antrag ein, das Exekutiv-Komitee der Partei zu beauftragen, ein Programm auszuarbeiten, das alle Kandidaten, die vom Arbeitervertreter-Komitee unterstützt werden, anzuerkennen haben. Welchen Wert, so sagte Quelch, hat eine Partei ohne Programm. Mit Freuden die Liberalen und die Tories zu verböhnen, wegen ihrer Programmlosigkeit; diese sind in der Beziehung aber noch immer besser vorgesehen, als die Arbeiterpartei.

## Aus aller Welt.

**Wenn man hungert.** Ein schwer begreifliches Urteil fällt die Strafkammer in Halle a. S. in der Sache des Dienstmädchen Thelma Scheretzky. Es wird darüber berichtet: Als die Unglückliche bei dem wohlhabenden Gutsbesitzer Hellmer in Löben diente, erhielt sie während ihrer Krankheit nicht genügend zu essen. Vom Hunger geprägt, entführte sie heimlich den Krankenbett und holte sich aus der Vorratskammer des Gutsherren etwa ein Pfund Speck, aß davon und legte den Rest in ihren Korb. Als der Agrarier dahinterkam, zeigte er das Mädchen wegen Diebstahl an. Das Gericht nahm nicht Plunderbrot, sondern Diebstahl als vorliegend an und räumte auf zehn Tage Gefängnis. — Vermöglich haben die Richter, die ein derartig drakonisches Urteil fällten, niemals im Leben erfahren, was es heißt: hungern müssen.

**Anarchisten-Verfolgungen und kein Ende.** Drei Anarchisten, der Goldbardeier Adolf Rößla, der Buchdrucker Paul Krause und der Kulturmaler Fritz Müller standen wegen "Aufreizung zum Klassenkampf" vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Seit Juni v. J. erscheint unter dem Titel "Der Revolutionär" eine anarchistische Zeitung, für die als verantwortlicher Redakteur der anarchistische Kochwag zeichnete. Die Anklage behauptet aber, daß N., der sich schriftstellerisch gar nicht betätigt hat, nur ein von der anarchistisch-revolutionären Partei vorgegebener "Sekretär", während Müller der spiritus rector des ganzen Unternehmens und der eigentliche Redakteur gewesen sei, und neben ihm auch Krause die Bearbeitung der redaktionellen Artikel übernommen habe. Unter Anklage stand ein in Nummer 10 des "Revolutionären" veröffentlichter Artikel. Dieser hatte den Schriftsteller Senna von (Johannes Holzmann) zum Verfasser, trat für den Umsturz in schärfster Weise ein und forderte zum energischen Kampf gegen die besitzenden Klassen auf. Die Staatsanwaltschaft hatte seiner Zeit die Beschlagnahme der betreffenden Nummer des "Revolutionären" angeordnet. Dieser Beschlagnahmehbeschluß war in der Zeitung vorzeitig veröffentlicht worden, weshalb auch eine Anklage wegen Vergehen gegen § 17 des Preßgesetzes erhoben worden war. Der Gerichtshof verurteilte Kochwag und Müller auf Grund der §§ 110, 111 und 130 des Strafgeebuches zu je sechs Monaten Gefängnis und je 200 Mark Geldstrafe, Krause wegen Vergehens gegen § 7 und 18 des Preßgesetzes zu 200 Mark Geldstrafe.

**Ein prägender Geheimer.** Eine Dresdener Zeitung meldet: Eine schwere Ausschreitung einiger Beamten gegen einen Dresdener Straßenbahn-

In einer Tageszeitung seien kürzlich die individuellen Auffassungen einer großen Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterpartei wiedergegeben worden. Nun, eine widerprüchsvolle Sammlung von Prinzipien habe er noch nie gesehen. Bis wir uns, so schloß Genosse Quelch, nicht ein festes, auf breitestem Grundlage aufgebaut Programm geben, wissen wir nicht, was wir sind. Frank Smith schlug vor, daß die Kandidaten ihre Wahlmanifeste dem Komitee zur Durchsicht zu unterbreiten haben. Der Genosse Pete Curran sprach gegen Quelch. Das erste Jahr wenigstens müsse der Arbeiterpartei Zeit gelassen werden. Prinzipien, Unabhängigkeit und eine gute Kampfbereitschaft sei zunächst besser, als programmatische Gesetze. Quelch's Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Die Ablehnung, sich ein festes Parteidokument zu schaffen, ist charakteristisch für die englischen Verhältnisse überhaupt. Die größere politische Freiheit bringt es mit sich, daß geringere Abschüttungen Einzelner von den Grundsätzen einer Partei viel häufiger sind, als bei uns, und auch einer weitgehenderen Zustimmung begegnen. Gleichwohl ist das Verlangen der Sozialdemokratischen Federation, zu deren Führern Quelch bekanntlich gehört, ein durchaus berechtigtes und wenn Pete Curran dagegen sprach, so geschah dies wohl nur aus Rücksicht auf die Nationalsozialisten innerhalb der Partei.

Mehr Glück hatte Quelch bei der Beratung über das

Frage, ob Frauen stimmen dürfen. Ben Turner beantragte, sich für die sofortige Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen auszusprechen.

Dem Genossen Quelch ging dies nicht weit genug. Davor würden nur die Frauen der bestehenden, nicht aber

die der arbeitenden Klassen profitieren. Er beantragte deshalb folgendes Amendement:

Der Kongress erklärt die Zeit für gekommen, daß gleicher Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszudehnen; er ist

fest der Meinung, daß jede Wahlnahme, welche eine Aus-

dehnung des Wahlrechts auf Grund des Bestehenden vorsieht, also

nur einen Teil der Frauen zu Gute kommt, ein Schritt nach

rückwärts bedeutet und belächelt werden muß.

Diese Resolution wurde mit 435,000 gegen 432,000 Stimmen angenommen. Das Arbeitslosen-Gesetz wurde

als ungünstig selbst für vorübergehende Abhilfe erklärt.

Zur Schulgesetzesgebung lagen eine Anzahl Resolutionen vor,

von denen die wichtigsten forderten: Freie Speisung der Schu-

linder und Durchführung des weltlichen Unterrichts. Nach hef-

tiger Debatte wurden diese mit 317,000 gegen 76,000 Stimmen

umstimmungserfolgt.

Der Plan: Gründung einer täglich erscheinenden Zeitung, wurde dem Exekutiv-Komitee zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Kosten sind auf 2 Millionen Mark veranschlagt. Als Sekretär wurde Macdonald wiedergewählt. Der nächste Kongress wird in Belfort abgehalten werden.

## Deutscher Reichstag.

48. Sitzung. Dienstag, den 20. Februar,  
Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatsliche: Graf Posadowsky.

Der deutsch-österreichische (auch jüdische) Freund-  
schafts- und Handelsvertrag wird in erster und zweiter

Lesung angenommen, nadem

Abg. Basin (nati.) unter allseitiger Zustimmung seine Ge-

zugestaltung über den Vertrag ausgesprochen hat.

Die zweite Lesung des Gesetzes wird beim

Extrordinarium des Reichsgerichts bestimmt.

Abg. Frhr. v. Herilling (Benteuen) begrüßt die Fertigstellung

der Reichspublikation über die sächsische Kapelle, insbesondere die

Reproduktionen der unsterblichen Deckengemälde Michel Angelos.

(Allseitige Zustimmung. Die Abgeordneten betrachten mit Interesse

die auf den Tisch des Hauses niedergelegten Reproduktionen.)

Abg. Eickhoff (freil. Opt.) und Abg. Schrader (freil. Bag.)

gedachten mit ehrenden Worten des verstorbenen Vorsitzenden der

Gesellschaft für deutsche Erziehung, Professor Rehbach. (Beifall.)

Staatssekretär Graf Posadowsky verspricht eine Zeitschrift

über die Tätigkeit der genannten Gesellschaft. (Beifall links.)

Für den Ausbau der Hochbausburg werden als 6. Rate

zwei im althundertausend Mark gefordert.

Abg. Ledebour (Sozialdemokrat):

Ich bitte, die Forderung abzulehnen. Der Staatssekretär hat

die Zunahme des Begebensbelages auf die Restaurierung der Höh-

königsburg zurückgeführt. Das ist nach meiner Meinung bestrebt

während, wegen ihrer Programmlosigkeit; diese sind in der Bezie-

hung aber noch immer besser vorgesehen, als die Arbeiterpartei.

Die Riegelner ist jetzt zur gerichtlichen Anzeige gebracht worden. Der

Schaffner Sch. von der Linie Räthke-Wilder Mann hält mit

seinem Wagen 178 auf dem Postplatz. Von zwei sich dort sehr

sauvoll verabschiedenden Herren wollte der eine den Wagen 178

besteigen, da er aber offenbar stark angetrunken war, wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

wollte ihn der Schaffner, wie dies seine Instruktion vorschreibt,

ungen der Markenburg waren wie wohl alle eingeschlossenen; aber sie kann auch nur die Hochburg, eine der vielen Städte auf dem Dreieck des südlichen Deutschlands auch nur entfernt mit der Markenburg in Parallele stellen wollen? Es ist ja auch sehr möglich, daß die Elsässer vorbringen sich völlig über ihr angebliches Handwerk auswissen. Das man mit solchen Vertragsauflagen zu tun hat, auf die Sympathie der Elsässer vorbringen spekuliert, ist bezeichnend für den Romantizismus gewisser Persönlichkeiten, in deren Lichte hier der Staatssekretär die Forderung zu vertreten hat. Daß der Däne sein Versprechen, die Mehrkosten aus eigener Tasche zu bestreiten, nicht erfüllt hat, wundert uns weiter nicht. Wie sind ja in Frankreich gewöhnt, daß Versprechen der Abüle nicht eingehalten werden. (Lebhafte Echo! rechts, lebhafte Zustimmung b. d. Soz. Klasse des Präsidenten.)

Präsident Graf Hallarem: Für diese Neuerung rufe ich Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Schröder (fortlaufend): Ich erinnere an das nicht einjährige Versprechen König Friedrich Wilhelm III., dem Lande eine Verfassung zu geben.

Präsident Graf Hallarem: Sie dürfen nicht aus das zurückholen, was ich verlaut habe.

Abg. Schröder (fortlaufend): Man soll auf die Erfüllung von Verträgen dringen, von wem sie auch kommen mögen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Schlesinger (Mail.): Der elsass-lorraineische Landesamtshat sich keineswegs einstimmig für die Restaurierung der Hochburg entschieden. Wäge der Reichstag die Mittel für die Wiederherstellung dieser großartigen Burg bewilligen. (Bravo! rechts und b. d. Soz.)

Der Titel wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten bewilligt.

Eine Reihe weiterer Tüte werden debattierlos oder ohne wesentliche Debatte bewilligt.

Als erste Rate für Fortschritte auf dem Gebiete der

### Rechtsanwaltskämpfung

werden 20.000 M. gefordert.

Abg. Greif (Els.) gibt eine Übersicht über die Erfolge und Misserfolge der verschiedenen Mittel der Rechtsanwaltskämpfung und wendet sich gegen die 10 Kilometer-Schutzzone, die auf reichslandespolitisches zwischen dem preußischen und dem elsass-lorraineischen Weinberg errichtet werden soll. Die Elsässer vorbringen bedauern sich darüber, daß auf ihre Kosten für ein noch dazu untaugliches Mittel Gelder ausgegeben werden sollen.

Staatssekretär Graf Bosbachs vertheidigt diesen Schlagabfall. Der Bundesrat, der hierfür allein kompetent ist, wird an diesem einflussreichen Schutz des deutschen Weinbaus unabdingbar festhalten (Beifall).

Es folgt die Abstimmung über die neulich gestellten Resolutionen. Die Resolution Baumann-Jäger (Cent.) betreffend die Einführung amiliter Weinkontrolle, wird mit großer Mehrheit angenommen; die Resolution Dr. Büttner (Würtz. Bdg.) und Dr. Dahlem (Cent.) betreffend diebstahlige Bierkrugdeckel wird abgelehnt.

Der Förderung der Herstellung von geeigneten Kleinstanlagen werden 2.142.000 M. gefordert, um Pachten an Private und von gemeinnützigen Genossenschaften zu gewähren.

Abg. Günther (natl.) beschwert sich über die Schädigung der Bauschäger durch die Unterstützung der Genossenschaften. (Beifall rechts und b. d. Soz.)

Geheimrat Grimm vertheidigt die Forderung.

Abg. Dr. Räder (Ric.) verbreitert sich über das ganze Gebiet der Bauschägerfrage.

Der Titel wird bewilligt.

Die Petitionen zum Titel des Reichsamts des Innern werden hiermit erledigt. — Der Titel des Reichsamts des Innern ist hiermit erledigt.

Der Titel des Rechnungsbohrs wird debattierlos angenommen.

Es folgt

### der Titel des Reichsjustizamts.

(Staatssekretär Dr. Niederröder hat am Bundesstaatlichen Platz zusammen.)

Beim Titel Staatssekretär fragt

Abg. Baumann (Nat.) nach dem Stande der Vorarbeiten des Gesetzes zum Erlass der Anstrukturen der Bauhandwerker. Hauptsächlich wird ein brauchbares Gesetz zu handeln kommen.

Die Landtage hat man nach einer neuen Art Konzepte erlassen. Die Vorfänge vom Jahre 1848 hat im Reichstage erweckt, daß es Befreiungen nach dem 1. November und Wenn auch Mitglieder vornehmend sind und einzelne Bürklinnen entschieden zu weit gehen, so reichen doch die bestehenden gleichen Verhältnisse vollständig aus. Auf diesem Standpunkt hat sich zu meiner Freude auch der Justizminister Weißer im preußischen Landtag gezeigt. Er hat die Ordnung und Diszipliniertheit der Handwerkerinnen befürwortet. Eine Forderung nach das Strafvergleichsgerichten in allen Anklagen wurde sehr erwünscht.

Die Reform des materialien Strafrechts wird ebenfalls der umgedrehten Sichtweise nach nicht ein brauchbares und längst auf sich werten lassen. Es ist noch einzusehen ob die Schaffung des Strafrechts nicht in der Körperschaften liefern könnte, sondern nicht durch die Körperschaften selbst, sondern durch den Landtag.

Seitendere Jugendstrafe mit Einschränkung in der Leistungsfähigkeit und leicht zu empfehlen. Es sind Durchsetzung fordert die Generalversammlung der Strafrechtsreform auf 11 Jahre. Die Kommission zur Verordnung der Rechtsprechung der Strafrechtsreform hat trotz des vielfach bestreiten Vertrags die Rechtsprechung als Strafrechtsreform auf die Verteilung der Kosten an den Strafrechtsreformen in allen Fällen. Hierbei die Behandlung der Gewerken werden die Strafrechtsreformen abgelehnt. Zuletzt ist auch, daß der Richter die Strafrechtsreform ins Werk treten lassen. Der Ausgangsatzung der Preseß muss endlich bestätigt werden. Die einstimmige Abstimmung des Strafrechtsreformen auf die Strafrechtsreformen hat den Leibhofschen Strafrechtsreformen zu gründen. Ich vertrübe sehr ganz gute Erfahrungen mit den Strafrechtsreformen gemacht. Ich erinnere über deren, daß manche Strafrechtsreformen, wie das bekannte Leibhofsche, die idyllische Kritik erfuhr von Sozialdemokratischen Zeiten erfahren haben. Sogar doch schon in jenen stand. Zuweilen hatten im Leibhofschen Strafrechtsreformen zufriedene Richter Weiß und Riedmeier berichtet. Aber der Vorsitzende Richter für keinen Gedanken und fühlte sich der Sozialdemokratischen Partei gegenüber ebenfalls als Partei. Auf jeden Fall wird man bei einer Reform der Strafrechtsreformen auch eine Berufung gegen Strafrechtsreformen einholen, da dies bei einem Zeitpunkt von 10 M. die Berufung gehabt werden soll. Es ist fies bedauerlich, daß das Recht zu einer Strafrechtsreformen zur Rechtsprechung im Volke führt. Institutum fundamentalium regnum. Man sollte die besten Juristen in die Strafrechtsreformen einholen und der Überprüfung der Strafrechtsreformen mit bis zu 50 Jahren in einer Sitzung ein Ende machen. Da spreche nicht von Überprüfung der Sozialdemokratischen Preseß, sondern berufe mich auf Leute, wie Preußischer Richter. Ich hoffe, daß bald die Berufung in Strafrechtsreformen eingesetzt werden wird und daß eine Reform des Strafrechts folgt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Schröder: Das Bankenverordnungsgesetz wird in nicht allzu langer Zeit vor dem Reichstag gelangen.

Die Berücksichtigung der sogenannten Verträge ist in Rechtsverordnungen nicht vorausgesetzt, sondern daß Heine nicht die eröffneten Verträge gebahnt hat. (Hört, hört im Benteum.) Eine Beisetzung ist im Benteum nicht von einem Amtswall an die Bielle zu erwarten.

die man auffordern muß, daß gesunde Gültigkeitsgefühl des Volkes nicht zu verlegen. Um die Vorarbeiten zur Reform des Strafrechtsreformen und zwar zunächst des handelsgerichtlichen Prozesses ist das Reichsgericht herangetreten. Gleich dem Vorredner will ich mich gegen eine Ausdehnung der Gerichtsgerichte aussprechen; aber auch eine Einziehung von Handelsgerichten zu den Handelsgerichten möchte ich vorläufig mindestens nicht empfehlen. Eine Deutschtum über das internationale Recht im Zwangsvollstreckungsverfahren will ich gern liefern, möchte aber warnen, auf den Zwangsvollstreckungsverfahren zu großen Fossungen zu setzen. Die Strafrechtsreform wird noch einige Jahre in Ablauf nehmen; daher empfiehlt es sich, vorher einzelne Materialien herauszugeben. Gegen die Einführung der Geldstrafe für kleine Diebstähle haben sich auf Vertrag sächsische Einzelstaaten erklärt.

Abg. Bergmann (Kris. Bv.) spricht sich entschieden für Beibehaltung der Strafrechtsreform aus. Die Bedenken gegen die Strafrechtsreformen werden bestätigt, wenn man die Resolutionen unserer Partei auf Ausdehnung der Gültigkeit der Strafrechtsreformen auf alle Preise vergeben, auf Herausziehung von Geschworenen nur aus den abhängigen Klassen und auf Gemäßigung von Bildern an Geschworenen und Schöffen annehmen. — Wie steht es mit der Reichstagsresolution betr. bessere Behandlung der Untersuchungsfestnahmen mit der Ausbildung der Strafrechtsreformen und mit der Schaffung besonderer Jugendgerichte?

Dass das Entschließungsgebot für unzulässig erachtete Untersuchungsfestnahmen hat, ist wenig erstaunlich, wie sich im Kreis Meyer-Mühlfeld gezeigt hat. Der Kellner Meyer ist zwar freigesprochen, aber nicht freigeschädigt. (Hört, hört!) — Weder erwartet einen Fall, daß einem vor 26 Jahren verurteilten, seitdem aber rehabilitierten Reber die Entschließung verlegt werden ist. (Hört, hört! Unkl.) Das Disziplinarrecht soll angeblich kein Wiederaufnahmeverfahren leisten. (Hört, hört! Unkl.)

Staatssekretär Dr. Niederröder: Der letzte Fall ist landes- und nicht reichsrechtlich. Der betreffende Lehrer hat eine Pension befohlen, womit die Repräsentation alles getan hat, was sie unter den abwaltenden Umständen tun konnte. Jetzt hat aber das Reichsgericht entschieden, daß ein Wiederaufnahmeverfahren auch in Disziplinarrechten möglich ist. — Die Reichstagsresolution "ir. die Strafrechtsreformen von Strafgefangenen hat der Bundesrat abgelehnt. Die Strafrechtsreformen hat sich für den ersten Teil der Resolution, der die Untersuchungsfestnahmen betrifft, erklärt, dagegen die Regelung der Beschlagnahme der Strafgefangenen als unmöglich vor einer möglichen Reform des Strafrechts bezeichnet.

Abg. v. Ditschen (Bv.) fragt über die zunehmende Unzufriedenheit in der Literatur, verlangt Abklärung der Projektanteile und wendet sich gegen die Ausdehnung der Sondergerichte. Wieder wird Herr

Gericke auch noch Dienstbotengerichte beantragen. (Heiterkeit.) Redner führt Fragen über einen liberalen Staatsanwalt in Wetzlar, der für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie aufzutreten ist. Der Herr Staatsanwalt schenkt sich den Herrn v. Gericke, den politischen Verwandlungsführer, zum Ruhm genommen haben. Da muß man aber sagen, Quod licet hori, non licet Jovi. (Was einem Joch erlaubt ist, ist einem Jünger nicht erlaubt!) Soll der Staatssekretär es für anständig, daß ein deutscher Arbeiter mit sich öffentlich mit der Sozialdemokratie verbündet? (Lebhafte Beifall rechts.)

Präsident Graf Hallarem: Ich will nicht hoffen, daß der Redner mit dem „Johann“ einen Abgeordneten gemeint hat. (Kreis b. d. Soz.) Sich selbst hat er gemeint, der Denunziant. Große Heiterkeit links.)

Staatssekretär Dr. Schröder: Der Fall des sozialistischen Staatsanwalts fällt nicht unter meine Kompetenz und schon durch eine bloße Anfrage bei der reichslandespol. Regierung würde ich meine Kompetenz überschreiten.

Ritter verläßt sich das Haus. Verkündlich bemerkt

Abg. v. Gericke (frei. Bdg.), daß sich Abg. v. Ditschen zum verhindern eines Artikels eigne, wie ein gewisses Tier zum Vortanzen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Initiativvorschlag, zunächst zweite Lesung des Antrags Albrecht (Soz.) auf Wahlrechtsreform in den Einzelstaaten. Schluß 6½ Uhr.)

### Im Abgeordnetenhaus

wurde gestern der Titel der Justizverwaltung weiter beraten, aber noch nicht endgültig erledigt. Eine längere Debatte fand noch beim Titel „Schul des Ministers“ statt. Der konervative Abgeordnete Wallaß stimmte in das Plagelied, das neulich schon der sozialdemokratische Abg. Kühl über den von der Staatsanwaltschaft eingezogenen Verzehr im Präsenzprojekt angestimmt hatte, ein, und der Schulz im Minister erklärte, daß auch ihm der Ausspruch nicht bestreitbar sei. Er stützte aber verständnisvoll hinzu, daß sich der Staatsanwalt möglicherweise überlegen würde, wie sonst der Prozeß ausgeprägt sei, hiß aber durchblicken, daß der Vergleich auch in Interesse der Schule reichte in großen Schwierigkeiten bei der konstitutionellen Redner ein. Hierauf ging der Minister aber nicht ein, er begründete sich mit der Bemerkung, daß zur Revision der Strafrechtsreform die preußische Regierung noch keine endgültige Stellung eingenommen habe. Dagegen stellte er einen klareren Schutz der Verträge für die geplante Revision des Strafgesetzbuchs in Aussicht, d. h. also, die Strafen wegen Belästigung sollen nach erhöht werden, wobei natürlich die oppositionellen Redakteure der Hauptstadt haben werden müssen. Sonst unterbleibt man doch noch über die Vermehrung der Richter, über den zu langsamem Gang unserer Rechtsprechung, die Mängel der Gerichtsorganisation, die Verorganisierung der Berliner Gerichte. Eine große Anzahl von Redactoren trat für Verbesserung der Gehälter der Königsleute und der im Justizdienst beschäftigten Militäranwälter ein. — Denn soll der Titel zur Erde beraten und der Titel der Bauverwaltung angefangen werden.

hier — daß die Regierung die Pogrome dazu benutzt, um die alliierte organisierte jüdische Selbstverteidigung zum Verbot zu veranlassen, um sie dann zu töten, oder zu verhaften und zu entwaffnen. In Homel waren es fast allein Polizei und Soldaten, die — jetzt schon ohne Hilfe oder Verwund des alten „Gololgans“ bezeichneten Pöbel die Blinderungen und Brandstiftungen übernahmen. Mit dem Pöbel allein wäre die Selbstverteidigung leicht fertig geworden.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Februar.

#### Die Lektüre der Breslauer Porzellankarbeiter.

Die hierfür zahlreiche des Porzellankarbeiter-Verbandes setzt sich hauptsächlich aus den Arbeitern der Gießerei Schenck & Stein gut fabrik zusammen, unter denen sich ein sehr hoher Prozentsatz von Ausländern, speziell aus Ungarn und Böhmen, befindet. Wenn es nun auch nach der Meinung vieler Leute immer nur Fremdlinge, Ausländer sein sollen, die den Geist der Unzufriedenheit in unser liebes Deutschland mit hereinbringen, so wissen wir schon von jeher besser, daß Ausländer, die nach Deutschland herüberkommen, hier von der Arbeiterbewegung weit eher als Ballast mitgeschleppt werden müssen, als daß sie selbst als treibende Kräfte fungieren. Es kann dies auch kaum anders sein, denn die Möglichkeit, besser überhaupt die hohe Wahrscheinlichkeit, ausgewiesen zu werden, hindert insbesondere die Familienbäder sehr an einer Teilnahme am öffentlichen Leben. Von den ausgegebenen Fragebögen der genannten Gewerkschaft über Lektüre und Vereinsleben der Mitglieder gingen 152 wieder ein. Das ist sowohl ein verhältnismäßig gutes Ergebnis. Von den betreffenden 152 Kollegen gehören indes nur 14 dem Sozialdemokratischen Verein an. (1) Was die Lektüre betrifft;

Die „Volkswacht“ und „Morgenzeitung“ 90  
„Volkswacht“ und „Generalanzeiger“ 2  
„Volkswacht“ und „Gerichtszeitung“ 6  
„Volkswacht“ und „Nach Feierabend“ 1  
„Volkswacht“, „Generalanzeiger“ u. „Gerichtszeitung“ 1  
Für die „Morgenzeitung“ 1  
Für den „Generalanzeiger“ 16  
Für eine „Gerichtszeitung“ 1  
Für „Nach Feierabend“ 1  
„Schlesische Nachrichten“ 1  
„Generalanzeiger“ und „Gundelscher Stadtblatt“ 1

Zwei Kollegen lesen österreichische Parteiblätter, und zwei weitere Kollegen den „Wahren Jakob“. 22 Kollegen lesen überhaupt keine Zeitung.

Es wird somit unter den betreffenden Arbeitern eine etwas lebhaftere Agitation für die Arbeiterpresse eingeschlagen. Je mehr dieselben als Ausländer an einer entschiedenen Teilnahme an unseren Gesamtbestrebungen gehindert sind, um so notwendiger brauchen sie die Presse zu ihrer Auflösung sowie als Bindeglied gegenüber der Gesamtheit.

\* Die schwarze Volkswachtnummer ist, wie wir wiederholten Anfragen gegenüber mitteilen wollen, schon seit vielen Tagen vollständig vergriffen. Das Kultur-Dokument fand reisenden Abfaß und noch heute hält in unserer Expedition das Gedauern darüber an, daß der Polizei damals nicht mehr von den staats-

gefechtlichen Elementen in die Hände gefallen sind. Wenn die Nachfrage so weiter andauert wie bisher, werden wir schließlich — eine neue Auflage der Nummer herstellen lassen müssen. Vorausgesetzt natürlich, daß die Staatsanwaltschaft genügend Kriegs- und Druckschwärze zur Verfügung hat, um die Nummer aufs neue zu einem Kulturdokument preußisch-junkerlicher Polizeiherrlichkeit zu stampfen. Eine dieser schwarzen Nummern schmückt seit einigen Tagen unter Glas und Rahmen das Redaktionsszimmer der „Volkswacht“, damit auch späteren Generationen das Andenken an das Urteil der zweiten Strafammer vom 10. Januar lebendig bleibe.

\* Wie der Freisinn die freireligiösen Gemeinden brüstet. Das Verhalten des bürgerlichen Liberalismus angesichts des Volkschulunterhaltungs-Gesetzentwurfs hat bewiesen, daß eine ernste, energische Opposition von liberaler Seite gar nicht mehr einfach werden kann. Eine Bewegung wie die seinerzeit gegen den Gedächtnishen Volkschulentwurf ist nicht mehr möglich. Das Einzige, was noch übrig geblieben ist, das sind die Wanderpredigten des Herrn Kohl und die sind kein nennenswerter Faktor auch für die geringste Entscheidung im Gebiete der Politik. Nutzer der sozialdemokratischen Partei, die in den Mittelpunkt ihrer Wahlrechtsagitation auch das konfessionelle preußische Schulen gestellt hat, führen sich in Preußen nur die freireligiösen Gemeinden an. Der Deutsche Freidenkerbund und der Bund der freireligiösen Gemeinden haben einen energischen Aufruf an die Freidenker verfaßt, in welchem die Freidenker aufgesfordert werden, vom konfessionellen Wahlrecht Gebrauch zu machen, das jedem 14-jährigen Preußen zusteht. Unsere Leiter haben den Aufruf Tschirnus gelesen. Dieser Aufruf ging auch einer Anzahl bürgerlicher Blätter zu, darunter auch der „Niedersächsischen Zeitung“ und den freisinnigen „Neuen Nachrichten“ in Görlitz. Die national-liberalen „Niedersächsischen Zeitung“ nahm den Aufruf Tschirnus auf! Der freisinnige „Neue“ aber verwies die Aufnahme! Der „Neue“ hat damit wieder einmal bewiesen, daß der Freisinn reaktionär ist als die Nationalliberalen sind.

Mit folgenden Phrasen versuchte das Freisinnblatt seine reaktionäre Handlungswelt zu rechtfertigen:

Wir teilen Ihnen ergebnist mit, daß der Aufruf, bei dem Austritt aus der Landeskirche, geeignet ist, durch die lutherische Form, in welcher er kirchliche Handlungen, insbesondere die Sakramente, behandelt, die Gläubigen der christlichen Konfessionen in ihren religiösen Gefühlen schwierig zu verleben.

Wir lehnen aus diesem Grunde die Veröffentlichung ab. (D. Ludwig.)

Die Expedition des Neuen Niedersächsischen Anzeigers.

Was sagen die freisinnigen Mitglieder der freireligiösen Gemeinden dazu, daß durch diesen Aufruf der

### Aus Russland.

#### Pogrom.

Die Pogrome Juden sind in großer Ausdehnung, da dort eine unzufriedene Population zu neuen Pogroms einigt, die von der Regierung direkt unterstützt wird. Aus Todesgefahr schreibt man der Russ. Kerze, hierzu: „Wer erwartet man von Tag zu Tag einen Pogrom. Die Kerze der zivilen Ordnung“.

Es aus einem Land von nicht minder stark bestehend und von der sich auf dem letzten Periode eine eindrückliche Mitglieder verloren, treibt eine müde Pogrom. Ihre Versammlungen werden in den Kirchen veranstaltet, was natürlich nicht ohne Eleganz der mehrgeschlechtlichen Gedanken geschehen kann. Unter den Soldaten wird eine besonders heftige Agitation geführt.

Die Kirchen erfüllen die Pflichten, die die Regierung gewissermaßen nachdrücklich für die zu erwartenden Pogromen unterschrieben hat, und die Abber

Ereignisse des „Neuen“ die Freiheit für die Freiheitsgläubigen Gemeinden einfach aufgehoben wird? Wer angestellt dieses Hausschlosses in das Gesicht der Freiheitsgläubigen noch weiter zur freisinnigen Partei hält, der hat jedes Anrecht auf den Ehrentitel: Freudenreiter verdeckt und verdient, daß seine Söhne und Enkel dem Beispiel Augustans folgen und sich aufzufassen lassen. Man darf gespannt darauf sein, ob die freisinnigen Freiheitsgläubigen diese Prorogation mit der Eile der Ruhe eines toten Ministers hinnehmen. Werden sie wirklich diese Aufhebung der Freiheit einfach als eine Flugung des Himmels empfinden?

\* Zur Nachahmung empfohlen! Die organisierten Brüder hatten bereits vor Monaten geplant, im Schießwerder am 24. Februar ihr Stiftungsfest zu feiern. Alle Vorbereitungen waren bereits getroffen, als die Polizeibewegung einzog. Auf dringenden Wunsch der Mitglieder des Verbandes hat jetzt der Vorstand beschlossen, das Fest nicht im Schießwerder, sondern am Sonnabend, den 31. März, im Gewerkschaftshause abzuhalten. Bravo!

\* Die Breslauer Polizeibehörde wendet ein seltsames Mittel an, die boshottierten Saalbesitzer zu schützen. Einige Polizisten, die verhaftete Flugblattverleger zu Protokoll vernahmen, ließen sich, wie uns glaubhaft verichert wird, dazu hinreihen, die betreffenden Arbeiter in unangemachter Weise einzuschüchtern. Einer der Polizisten sagte z. B. zu einem Arbeiter, der pflichtgemäß Flugblätter verteilt hatte, daß er eventuell 14 Tage Gefängnis bekommen könne. Wir möchten den Polizeipräsidenten hiermit aussordnen, die Beamten anzuhauen, das Verurteilte aber den Gerichten zu überlassen. Des Weiteren die Beamten darauf hinzuweisen, daß von einer Bestrafung mit Gefängnis überhaupt nicht die Rede sein kann. Selbst wenn die Polizei mit ihren Anzeigen Glück haben sollte, was noch lange nicht feststeht, so können die Gerichte in solchen Fällen im schlimmsten Falle nur auf Haftstrafe erlennen. — Wenn man übrigens glaubt, damit die Arbeiter von ihrer Pflicht abhalten zu können, so ist man arg im Irrtum. Die Arbeiter tun nun erst recht ihre Pflicht!

\* Lebhafte Klagen über Breslauer Geschäftsläden gehen uns seit einiger Zeit zu. Es gibt danach eine Anzahl Geschäftsläden, die in ihren fast nur von Arbeitern besuchten Läden Plakate aushängen, die Vergnügungen in boshottierten Sälen aufpreisen! Mit Recht sind die Arbeiterfrauen, die dort kaufen, der Meinung, daß die Geschäftsläden damit ostentativ die boshottierten, arbeiterfeindlichen Saalbesitzer unterstützen. Einige Frauen haben denn auch bereits einige Geschäftsläden verlassen, mit dieser Unterstützung der Saalbesitzer so lange zu warten, bis die Herren den Arbeitern auch zu Versammlungen ihre Säle hergeben. Diese Frauen bitten uns jetzt, allgemein darauf hinzuweisen, daß man überall die Entfernung dieser Plakate verlangen sollte. Ein Geschäftsmann, der arbeiterfeindliche Worte unterstützt, wird sich auch aus der Arbeiterkundschaft nicht allzuviel machen.

\* Volksschulen: Für die städtischen Volksschulen sind die Ferien im neuen Schuljahr 1906 u. 1907 wie folgt festgesetzt: Oster Schulschluß Donnerstag, 5. April, Schulbeginn Donnerstag, 19. April; Pfingsten: Schulschluß Freitag, 1. Juni, Schulbeginn Freitag, 8. Juni; Sommerferien: Schulschluß Mittwoch, 4. Juli, Schulbeginn 10 Uhr, Schulbeginn Mittwoch, 8. August; Herbstferien: Schulschluß Sonnabend, 29. September, Schulbeginn Mittwoch, 10. Oktober; Weihnachten: Schulschluß Sonnabend, 22. Dezember, Schulbeginn Donnerstag, 3. Januar 1907. Der Schulschluß für das laufende Schuljahr ist auf den 31. März festgesetzt worden. An diesem Tage sind diejenigen Schüler, die der Schulpflicht durch 8 jährigen Schulbesuch genügt haben, zu entlassen. Montag, den 2. April beginnt das neue Schuljahr mit der Aufnahme der Lernfänger.

\* Die Drechsler (Sectio der Holzarbeiter) tagten am 19. Februar in Häfchesko. Der erste Bevollmächtigte, Peider, gab in längeren Ausführungen an der Hand pädagogischen Materials die wirtschaftliche Lage der Drechsler und Tornaschi befreit am Ort 95 Arbeitgeber, von denen 15 leinen Gelehrten beschäftigen. Von den übrigen 80 sind 32 Tischlermeister und 2 gehörten zu einer anderen Branche, die neben den Tischlern ein oder zwei Drechsler beschäftigten und 17 Lehrlinge. Es sind rund 150 Drechslergehilfen am Ort, von denen sich 100 Mann im Monat Dezember 1905 an der Statistik beteiligt haben, gleich 66 Prozent. Bevollmächtigt sind 42 Männer. Den Branchen nach waren es 13 Drechsler auf Bau, 65 auf Möbel, 3 auf Galanterie, 2 auf Stoffel, 3 auf Kabel und Galanterie, 10 auf Kabel und Galanterie, 2 Stockdrechsler und 1 Büschenbrecher. Bei Drechslermeistern sind 58 beschäftigt, bei Tischlermeistern 37 Männer, 1 Mann bei einem Bildhauermeister und 1 Mann in der Schuhleidenschaft. 32 Männer arbeiten auf Dampf-, 68 auf Fußbetrieb. Bei letzterem sind dafür 15 Prozent und noch mehr des Sonnabends vom Arbeiter zurückzuholen. Die Arbeitszeit beträgt 58½ Stunde pro Woche. Der Wochenverdienst beträgt im Durchschnitt 17.20 M., der Jahresverdienst 836.96 M. Im Raum arbeiten 11 Männer, im Acker 89 Mann. Alle Sonnabende ist regelmäßig Zahltag. — Ist der Verdienst an den schon äußerst gering, so wird dieser durch die Arbeitslosigkeit noch geschmälert. Es waren im Jahr 1905 21 Kollegen arbeitslos. Ein jeder davon im Durchschnitt 41 Tage. Von Krankheit wurden 27 heimgesucht, davon der einzelne 32 Tage lang. Darunter ist es erstaunlich, daß die Frau zum Broterwerb beitragen muß. 26 Frauen hatten je einen jährlichen Nebenverdienst von 142 M., erzeugt durch Schneiderin, Blätter, Nähn. Dieser wurde wieder durch die Wohnungsmiete ganz ausgebaucht. Es zahlten 47 verheiratete Drechsler 183.15 M. pro Kopf im Durchschnitt jährlich dafür, wobei noch 101 Kinder unter 11 Jahren, 14 Kinder über 14 Jahren zu versorgen waren.

Doch diese Zustände belägen nicht, und für eine Großstadt zu entfernen wären, wird jedem Drechsler einseuchen. Stellen ja die Meister schon danach, hierin Wandel zu schaffen. Wenn auch die Organisation noch nicht besonders gut ist, so zeigt der Anfang doch von einem ernsthaften Willen, den man bei den Meistern vermissen muss. Von den 100 Beteiligten waren 27 noch nicht organisiert, 21 unter 13 Wochen, 13 von 13—26 Wochen und 33 über 26 Wochen. Es waren in einer anderen Gewerkschaft. Jedoch dürfte sich das Verhältnis noch

wesentlich zu Gunsten der Kollegen gewendet haben. Darauf wurde eine Tarifkommission eingesetzt, die die Vorbereitungen zu einem eventuellen Tarifabschluß treffen soll.

\* Die Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Versorgungsanstalten bildeten bisher in Schlesien eine Bezirksgemeinschaft. Nunmehr hat man in Breslau beschlossen, eine selbständige Ortsgruppe des Verbands zu bilden, um von den anderen schlesischen Orten nicht mehr abhängig zu sein. In Kürze wird der Anschluß an das Gewerkschaftsbüro erfolgen. In den Vorstand sind gewählt worden: Seypner, als Vorsteher, Bischofski, als Kassierer, Mischke, als Schriftführer, Kirschbost und Kutsch, als Beisitzer. Neben dem Anschluß an das Kartell wird die nächste Versammlung über die Höhe des zu erhebenden Ortsbeitrages beschließen.

\* Oberschlesische Gesellschaft. Am Freitag, den 23. d. Mz., Abends 8½ Uhr, findet im kleinen Saale der Lessingloge (Augenstrasse) ein öffentlicher Vortrag statt, der wie die bisherigen Dichterabende aus einleitendem Vortrage und Recitation sorgfältig ausgewählter Dichtungen bestehen soll. Musikalische Darbietungen volksler und instrumentaler Art sollen wie bisher das Programm vollständig ergänzen. Eintrittspreis 30 Pf.

\* Breslauer Kaufmänner. Die Wahl der Abgeordneten für die in der Wahlperiode 1906—1909 abzuholenden Generalversammlungen findet Montag, 26. Februar, Abends 8½ Uhr, in sämtlichen Wahlbezirken statt. Der Bezirksteilung mit Angabe der Wahllokale liegen für die Vertreterwähler in sämtlichen Warenlägen aus. — So wird in den bürgerlichen Blättern bekannt gemacht. Das Arbeiterviertel wird von der Direktion des Komitees nicht berücksichtigt. Die Arbeiterwähler sollten wahrscheinlich nicht wissen, wann die Wahlen zur Generalversammlung stattfinden.

\* Döbauer Club des Sozialdemokratischen Vereins. Die Donnerstag-Abteilung beginnt diese Woche mit der Diskussion des theoretischen Teiles des Parteidoktrins. Zu reicher Teilnahme laden wie die Vereinsmitglieder ein.

\* Aus dem Kunstgewerbeverein. Am Donnerstag, den 22. Februar, findet der dritte Vortrag in dem vom Museum veranstalteten Saal statt. Herr Landbauinspektor und Provinzialsekretär Dr. Burgemeister wird mit Vorführung zahlreicher Lichtbilder über „Aufgaben und Ziele der städtischen Denkmalspflege“ sprechen.

\* Zoologischer Garten. In den letzten Wochen sind wieder eine Anzahl interessanter Säugetiere und Vögel im Tausch und durch Kauf für den Garten erworben worden. Unter anderem sind wir im Tierenhause eine Gruppe von drei seymunteren Guanakos an jener zu den rotzügigen Menschenfressern Westafrikas gehörenden Art, die an ihrem wie mit Ruh beschmierter Gesicht leicht zu erkennen ist. Im kleinen Raubtierhaus ist ein für unseren Bestand ganz neues Tier: ein Silberbär. Er ist zu den bläck verhendenen Bärenarten zugehörig und hinzugekommen. Die Aquarien sind Roger des tropischen Amerikas, von Natur, jedoch hochbeiniger und leben meist paarweise in waldigen Ebenen, Tälern und Gebirgen bis 2000 Meter Höhe in selbstgegrabenen Höhlen, die sie mit Morgen- und Abends verlassen, um ihrer aus Blättern, Früchten und Wurzeln bestehenden Nahrung nachzugehen. Von den Vögeln sind besonders zu erwähnen: die Mähnen- oder Schopfaus aus Südzentral-Afrika, die kleinste Eule, von der Größe einer weiblichen Siskotte. Die Hauptfarbe unseres Männchens ist ein zartes o'chrau. Der Kopf und Hals dunkelbraun, Hinterkopf mit einem kleinen hängenden Federschopf violettschwarz. Vögel der Schopfziele zieht sich jeders ein schwarzes Band hin, der Spiegel ist prächtig metallisch grün glänzend. Sie ist zum ersten Male in unserem Garten ausgestellt und in dem mittleren Aufenthaltsraum des Vogelhauses (am Hauptgang) untergebracht, wo sich auch wieder eine Anzahl unserer Tiere befinden, die eine Zeitlang unserem Bestande fehlten, neben anderen Laufvögeln tummeln. Im Innern des Vogelhauses sind wir zwei verschiedene Arten exotischer Turteltauben: ein Paar chilenische Liebestauben und ein Paar Tigerhalstauben aus Indien. Die erstere Art, sowie ein Paar kurzschnäbige Girle aus Südamerika sind ebenfalls neu für unseren Garten. Geschert wurden: 1 Waldtaube und 1 Steinlaus von Ungeranum; ein Kronenfrosch von Betriebsdirektor Blümel in Bielitz in Österreich-Schlesien; 1 weißblaue weiße Angoraflocke von Kaufmann Hesse, hier, und 2 Gummibäume, 1 Oleander und 1 Zimmerlinde von Herrn Nagel, hier.

\* Einer. In der Nacht zum 20. d. Mz. wurde die Feuerwehr nach Orlauerstadtgraben 21 gerufen, wo ein Gardeienbrand stattgefunden hatte.

\* Tödliche Unfälle. Ein Privatier erhielt auf einem Grundstück auf der Karlstraße von der Deichsel eines ausfahrenden Wagens einen so heftigen Schlag, daß er in eine drei Meter tiefe Grube geschlungen wurde und einen Schädelbruch davontrug, an dem er kurz Zeit drauf starb. — Die 13 Jahre alte Gertrud Krause, welche am 18. d. Mz. in dem Hause Pöppelwitzstraße 33 aus dem 4. Stock vom Treppengeländer gestürzt ist und einen Schädelbruch erlitten hat, ist am 20. d. Mz. im Allerheiligstenhospital gestorben.

\* Verhaftet wurde ein Laienbruder, der ans einem Geschäft Seidenstoffe von hohem Wert gestohlen und den Schneiderinnen verkauft hatte.

\* Mit Welschlag belegt wurde eine ehemalsche Zwischenbluse, die vor mehreren Wochen in einem Atelier 2. Klasse des Juges Bobler-Breslau angeschlossen worden ist.

\* Ein rastender Roland. Ein Michaelistraße 33 wohnender Parfümeriehandelsmeister bewahrte sich am Montag Abend mit einem Peil und wollte seine Frau und seine beiden Kinder erschlagen. Die Frau konnte noch rechtzeitig mit den Kindern aus der Wohnung fliehen. Um Hilfe zu erbitten, nahm ein Schuhmann den Wüsten in Hatz, da dieser fortwährend drohte, seine Frau beim Betreten der Wohnung niedergeschlagen.

\* Gestohlen wurden: aus einem Hause auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Fahrrad „Panter“ 56.615; einem Maurer auf der Tauerstraße ein Fahrrad, aus einer Wohnung am Obertor-Ufer ein Überzieher, von einem Wagen ein Balles Tuch, gepföhrt R. W. 1005, aus einem Hause auf der Hammstraße eine Emaillekanne, ein Korbfässchen und Bettwäsche.

\* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 19. d. Mz. 25 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden eine goldene Dameuhr und mehrere Portemonnaies mit Inhalt. — Wohin denkt man: ein goldenes Kettenarmband, eine überne Brosche, ein Portemonnaie mit 15 Mark und ein Hundertmarksschein.

## Aus Schlesien und Polen.

### Arbeiter-Konsum-Vereine im Riesengebirge.

Man schreibt uns:

Um die genossenschaftliche Bewegung in der Nähe unserer Lager in frischen Blüte zu bringen, wurde beschlossen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, und es gelang uns, Herrn Geschäftsführer und Verbandsreferenten G. Küller an Scottbus als Referenten zu gewinnen. Und so fanden am 10. und 11. Februar in Landeshut, Schieideberg und Billerbeck i. Agg. Versammlungen statt, welche trotz enormer Härte und Schneesturm alle gut besucht waren. Es schickte, aber für Herrmann leicht verständlichen Weise erläuterte Genosse Küller die Entwicklung der englischen und deutschen Genossenschaftsbewegung und verstand es klarzulegen, daß sich der Konsumverein besonders organisieren müsse, um sich nicht „doppelt“ ausbauen lassen zu lassen.

Es war erschlich, daß sämtliche Anwesende in allen drei Versammlungen, nachdem die englische Entwicklung behandelt war, mit größerer Spannung der Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung folgten, speziell als Zeichen der Zusammen- und Produktionsvereine der modernen Richtung zum Vortrag kamen, welche sich in der „Großen Landeskongress“ zu Schlesien zu Samburg gezeigt haben, denen sich auch der Konsumverein „Solidarität“ zu Landeshut mit seinen drei untergenannten Lagern angegeschlossen hat.

In interessanter Debatte, welche sich nach jedem Vortrag entwickelte, wurde bewundert, wie wenig sich der selbständige Kaufmann, gleichviel welcher Branche, um den Arbeiter und dessen Interessen kümmert und es wurde überall kräftig betont, daß doch kein Arbeiter, wenn er sich die Sache richtig überlege, traut welche Notwendigkeit oder Pflicht hat, derartige Leute, welche durchweg keine eigene sind, (was wir an dieser Stelle in nächster Zeit nachweisen werden) weiterhin zu unterstützen.

Der Eintritt in den Konsumverein „Solidarität“ (G. Küller) ist jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin leicht gemacht.

Es sind bei der Aufnahme nur 30 Pfennige zu entrichten. Wer den statutarisch festgelegten Anteil von 30 Mark sofort imstande ist, zu erlegen, hat den Vorteil, die Dividende am Jahresabschluß in voller Höhe herausgezahlt zu bekommen. Wer die 30 Mark nicht hat, kann dieselbe noch und nach einem Jahr der Dividende aussparen.

Nächste Auskunft erteilt gern jeder Lagerhalter.

Im Landeshut: Kontor und Lager I am alten Rathaus.

In Schmiedeberg: Lager II Hammerstraße.

In Billerbeck i. Agg.: Lager III.

### Bildungsfreudliche Agrarier.

Der Landrat des Kreises Goldberg-Hahnau ist bemüht, auch in den Landorten Fortbildungsschulen zu schaffen. Es ist ihm dies auch in Kreishau, Siegenburg, bereits gelungen. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Hahnau teilte der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Storch-Nieder-Bielau, mit, daß die unter der Landwirtschaftlichen Fortbildungsschule stehende Kreiscommission des Kreises Goldberg-Hahnau in ihrem Besitz ist, daß die ländlichen Fortbildungsschulen obligatorisch gemacht werden, „die bisher gemachten Erfahrungen sprächen nicht hiefür“. Da wird sich der Landrat schon freuen müssen.

### Gesicherte Existenz.

Nichts beweist mehr die Notwendigkeit der Umgestaltung unserer heutigen Wirtschaftsweise, als die in den Propagablättern des österreichischen Arbeiter-Verbandes vom Gesellschaftlichen aller Konfessionen. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln verschafft einer kleinen Minderheit die Vorteile eines geschwachten Lebensstandards, die große Masse der bestohlenen Proletarier aber ist zu einem lebensfähigen Hungerdasein verurteilt, und wer von Unglücksfällen betroffen wird, die außerhalb der gewöhnlichen Leidenshahn liegen, für den kann leicht die vollständige materielle Vernichtung eintreten, wenn er keinen Arbeit an andere Menschen findet! — In einem schlesischen Blatte fordern wir vor einigen Tagen dieses Interessenten:

Am 25. Januar d. J. brannten in Adlersburg, Kreis Wolkenhain, zwei Häuser nieder. Während der eine Besitzer genügend verschont ist, ist der andere, der Andelsberger, nicht. Seine Verherrigungsumme beträgt nur 300 Mark. Ihm, seiner Frau und seinem Kindern ist alles verbrannt, was sie mühsam zusammengebracht hatten. Sie konnten knapp die Alltagskleidung retten. Der Mann ist Andelsberger, die Frau halb erblindet; beide sind bejaht. Ihr Haus ist vernichtet! Ein neues können sie nicht bauen, wenn nicht hellsende Nächstenliebe ihnen Mittel spendet. Die Not ist groß, aber größer die Nächstenliebe. Darauf bitte ich die Leiter des Blattes: Rufen Sie durch die Redaktion aber direkt durch den Leuten eine Gabe zu kommen! Denken Sie in Ihrem freundlichen Heim, wie schwer es sein muß, ein solches nicht mehr zu bestehen! Unsere arme Berg-Bevölkerung kann mit dem besten Willen nicht so helfen, wie sie gern möchte. Unser Heiland bedarf vieler Werkzeuge zu seinem Dienst.

Rudelstadt i. Schl., im Februar 1906.

G. Henke, Pastor.

Wir haben ja gewiß nichts gegen die vielgerühmte „christliche“ Nächstenliebe unseres kapitalistischen Zeitalters, und wollen auch sicherlich wider die Gebefreudigkeit der reichen Christen nichts einreden, aber hier kommt gerade. Wenn nur diese reichen Christen ihren Geldbeutel entladen möchten, um ihren armen Brüderlein beizustehen. Dafür sind sie aber nicht zu haben. Sie erinnern sich ihrer nur, wenn sie dieselben als Ausbeutungsbüste brauchen. Ja, wenn's dabei einen Orden oder eine hübsche öffentliche Belohnung gäbe! Da wird noch eher ein Kirchenfester oder dergleichen gestiftet, das läßt die ganze Welt in der Zeltung, und bei einem Ordensregen liegt so ein Vogel auch ins eigene Knopfloch.

Noch ein ähnliches Interessenten fanden wir dieser Tage im „Hirschberger General-Anzeiger“:

Königstein an der Elbe.

Von 120 Konfirmanden haben mich 35 um Unterstützung gebeten. Es würden sich 16 von diesen Kinder tragen und 15 Schuhe. Im Namen dieser Kinder bitte ich herzlich um reichliche Liebesgaben. Nutze Geld, kann ich auch schwere Röcke und Blusenleider, die sich wenden und umarbeiten lassen, gut gebrauchen. Da am 30. März die Konfirmation stattfindet, bitte ich recht dringend, mit möglichst bald die Gaben einzuziehen, damit rechtzeitig ich den Kindern sagen kann, ob ich ihre Bitten zu erfüllen vermöge oder nicht.

Sapie, Pastor.

Wenn's zur Konfirmation oder zu einer anderen kirchlichen Feier kommt, dann erinnern sich die Herren Pastoren wohl daran, daß die Kinder doch anständig gekleidet sein müssen, aber vorher und nachher werden sie zum Dachen verurteilt sein. — Dass die Bourgeoisie nicht daran denkt, die heutige Gesellschaftsordnung umzudrehen, das kann man schließlich verstehen, denn wen's gut geht, der wünscht selten eine Veränderung. Aber es gibt noch immer ungezählte Scharen von Arbeitern, die abseits der sozialistischen Bewegung stehen, denen alle Not und alles Elend des Lebens die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ noch nicht ausgetrieben haben, die noch immer ihr Heil von der christlichen Mildtätigkeit erwarten, anstatt mit zu arbeiten an der Umgestaltung unserer heutigen Wirtschaftsweise zu einer vernünftigen Gesellschaftsordnung.

Freiburg, 19. Februar. Klagen der Textilarbeiter. Am Donnerstag fand im Gewerkschaftshause in Polnitz eine sehr gut besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher die Genossen Kiesel-Berlin über die Stellung der Frau in der Industrie referierte. Der ein-einviertelstündige Vortrag wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. In der darauf folgenden Diskussion wurden von verschiedenen Rednern die Mißstände in der hiesigen Spinnerei zur Sprache gebracht. Besonders scharf wurde verurteilt, daß sich in der Gedächtnis immer noch Leute finden, die an der anstrengenden Arbeit die Woche über nicht genug haben, sondern auch noch Sonntags arbeiten und zwar für den horrenden Lohn von 100 Pfennig. Von einem Redner wurde hervorgehoben, daß der starke Besuch der Textilien seitens der Arbeiter bei den Unternehmern die Verderbnis hervorruft müsse, daß die Arbeiter noch zu viel verdienen. Das muß in Zukunft anders werden. Weder Redner der Meinung ist, daß die Arbeiter besseres zu tun haben, als durch einen möglichst großen Alkoholverbrauch die Taschen der Schnapsbrennenden zu füllen, so muß doch zum mindesten verlangt werden, daß ein Arbeiter, der etwas auf sich hält, sein etwaiges Bedürfnis nach alkoholischen Getränken nicht in einer der niedrigsten, gewöhn-

gen, nach schlechtem Winkel hoffenden Deßillen befriedigt. Noch eine Schlußworte der Referentin wurde die Versammlung mit einem Hoch aus den deutschen Tegularbeiterverband geschlossen.

**Christliche Helden.** Die Agitation der diesigen foliglichsten Gemeinde zum Austritt aus der Vandtschicht scheint einige "Purpurchristen" gewaltig in Hornisch gebracht zu haben. Aber sie wenden sich mit ihrem "heiligen Horn" an eine falsche Adresse. Der Wirt unseres Gewerkschaftshauses in Polenitz, Genosse Michaelis, erhielt dieser Tage folgenden unanonymen Schmähbrief:

#### Mitteilung.

Also Herr Germantow! Wilt Sie gehören auch zu der Klasse was Glaubenslose und Religionlosen Leute von Menschen sind? Nun, Gott läßt Ihnen nicht Spotten, daß ist so gewiß wie Sie die Seiten lesen werden. Wir werden vielleicht recht bald erleben, Glaubens und Religionlosen Leute von Menschen zu alle Schlechtigkeit zugutrauen, daß steht man in Rückland und Frankreich, solche Leute sind besten gleich. Wer hofft was Ihre Schandbude ist, und jeder vernünftige Mensch! Ob Katholisch oder Evangelisch wird so eine Schandbude wie Ihre melden wo die Religion so mit Hören getreten wird wie in einer solchen Schandbude. Keinen Ruhm haben Sie durch die Tat nicht Sie verdient sehen.

Meinere Christlich gestimte.

Geschichtliches Nachspiel wird kommen über solche rohe Gefinde!

Ob damit das "Jüngste Gericht" gemeint ist, ist leider nicht näher bestimmt worden. Was liegt aber Herr Post vor? Es ist zu dieser Christlichen Glorifizierung, der doch noch vor einigen Tagen jüngst in der "Schandbude" des Genossen Michaelis war, um sich nach den Ursachen des massenhaften Ausstiegs aus der Vandtschicht zu erkundigen? Man sieht, wie so bis annehmen Schadabschreiber, die übrigens nur nach "bekanntem Muster" aus jüngst vergangener Zeit arbeiten, die reine und ehrbare Lehre des Protestantismus vorstellen. Wenn der Genossen Michaelis heute wieder töte, was würde seine Seele, für welche er den Tempel von den Unvordringlichen säuberter, für Arbeit bekommen?

**Schlesien.** 21. Februar. Die Genossenkarre reiste drohend über Haupt! In Weizenoda ist am 2. d. M. eine 10 Jahre alte Mutter an Genossenkarre erkrankt, sternt in Schweidnitz am 6. d. M. ein elfjährige Mädchen und in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. ein neunjähriges Kind. Das elfjährige Mädchen ist nach Verlauf von drei Tagen der Krankheit erlegen. Außerdem werden noch zwei Fälle von Genossenkarre aus dem Landkreis Breslau gegeben. Am 6. d. M. erkrankt ein 3 Jahre altes Kind in Alt-Garbow und Anfang dieses Monats eine 65 Jahre alte Obersfrau in Al-Schlesien. Die zuletzt erkrankte Person ist am 18. d. M. gestorben.

**Hirschberg.** 21. Februar. Die Steuerzahler sollen zahlen! Der Magistrat fordert von den Stadtvorordneten weitere 30,000 M. zu schaffen! Heute soll die Vorlage bereits in der Stadtvorordnetenversammlung beraten werden. Leider kommt dort die Meinung des weitaus größten Teiles der Bevölkerung nicht zum Vorschein.

**Hirschberg.** 21. Februar. Duelleanten vor Gericht. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit südländischen Bößen beg. wegen Aortenstragens haben sich der Rechtsanwalt Dr. d. Sw. gegen Hohenlohe und der Rechtsanwalt Arthur E. aus Hermendorf u. K. vor dem Strafgericht zu konfrontieren. Der erste Angeklagte ist wegen weiterer Entfernung seines Wohnhauses vom Grichener bei der Hauptheirat entbunden worden. Die Angelegenheit, die Grund zu der Duelleforderung und damit zur Verhandlung gab, stellte sich, nach dem Bericht des "Voten", am 18. April vorigen Jahres in einem Hermendorfer Hofe ab. Denals war Dr. d. Sw. Gerichtsassessor in Hermendorf. Er und nahm zusammen mit dem damaligen Herrn Schreyer einen Tag später teil. Zwischen dem Rechtsanwalt, der angeklagten gewesen sei, und dem Rechtsanwalt ein Streit, der auch zu gegenseitigen Zärtlichkeiten führte. Dr. d. Sw. behauptet in seiner heimlich verlesenen kommunikativen Aussage, er sei von dem Rechtsanwalt drohend bedroht, während dieser zeugeneidlich das Gegegne teilte. Zudem erkrachte Dr. d. Sw. am Morgen nach dem bezeichneten Vorfall den Rechtsanwalt E., der bei dem Vorfall nicht zugegen war, dem Rechtsanwalt eine Forderung auf Einsicht zu überbringen. Der Rechtsanwalt hatte auch die Mission in der Abfahrt unternommen, zunächst zwischen den beiden Parteien Verhandlungen einzugehen. Aber dazu kam es nicht, denn der Rechtsanwalt lehnte die Forderung rundum ab, so sehr jedoch auch gegen die Antritt eines Ehrengerichts zur Abtragung seines Standpunktes hielt Rechtsanwalt E. Es ist der Provozierte sei und überdies bei ihm die erwartete Konfrontation der Einzelheit bei einem Duel dies höchstens zu verhindern. Der Gegner und einem Ehrengericht kann er sich demgemäß ebenfalls nicht entziehen, weil dieses sich zweckmäßig für das Duell entscheiden könne. Nach Ableitung seiner Rechte vom Rechtsanwalt Dr. d. Sw. gegen Hohenlohe, über dessen Auszahlung nichts bekannt ist, des wohl aber das heutige Strafverfahren zur Folge hatte. — Der Staatsanwalt beantragt gegen E. d. Sw. den die Sache sehr milde liege, wegen Fälschungsversuches im Zuge der Strafverfolgung. Erzeigen sei bei Dr. d. Sw. zu berücksichtigen, daß er eigentlich der Anführer des Streites gewesen sei und deshalb eine strengere Strafe, höchstens sechs Wochen Haftungshaft, am Platze. Das Urteil des Rechtsgerichts lautet gegen E. nur auf einen Tag Haftungshaft bezüglich des anderen Angeklagten wurde die Sache der Rat. Durch das permissiv erscheinen des Angeklagten und die Geduld der Rechte des Richters soll schriftstellt werden, wer der Anführer des Streites war, weil dieses für die Höhe der Strafe von Erheblichkeit sei.

**Tauer.** 20. Februar. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde unter den Parteien auch die der kommunistischen Hochschule verhandelt. Es handelt sich um die Verbesserung der Rechte von 314,20 M. Von Seiten der Regierung wurde die bislang gewerbliche Hochschulbildungskasse vor einigen Monaten revidiert, und da konnte sich herausstellen, daß die Schule rein der erzielte Unterricht den Verhältnissen nicht mehr entspricht. Der Magistrat wurde nun aufgefordert, ein neues Gesetz über den Unterricht in der Fortbildungsschule zu erlassen. Der Magistrat hat nun ein solches ausgearbeitet, und der Verhandlung zur Genehmigung unterbreiten. Die dasselbe genehmigte. — Da mit der Ausarbeitung eines Projekts für eine höhere Badeanstalt betraut waren Herren, Architekten, Formen und Dingenamt, Etwas aus diesem müssen in unserer Stadt, um den Mitgliedern des Magistrats und den Stadtvorordneten ausführlich das Projekt erläutern und auf etwaige Anfragen Auskunft zu ertheilen. Der Kostenanschlag beläuft sich auf 150,000 M., jedoch ist anzunehmen, daß diese Summe noch etwas übersteigen wird. Das Innere der Badeanstalt ist nach dem Projekt in einfacher und gesonderten Räume ausgestaltet und soll den Bedarf der Erwachsenen. Hessenlich wird das Projekt in übernächster Zeit von den Stadtvorordneten und dem Bauteam angenommen, damit auch Tauer eine den Verhältnissen entsprechende Badeanstalt bekommt.

**Grünberg.** 20. Februar. Ein Kampf um das Sanatoriumstecht wird jetzt der vor kurzem angebrochene Kutschersfrei. Den Kutschersmarkt kommt es jetzt nicht mehr allzu darauf, die Regelung der Körbe abzulehnen, sondern sie stemmen den Kampf in der freien Weise zu einem Kampf um die Wacht. Sie fordern in ihrer Schriftsteller-Marien von den Arbeitern, daß sie aus dem Verbande austreten! Sie selbst aber, die alten Herren, lassen sich in ihre Organisationangelegenheiten von niemandem hindrücken. In den Fabriken beginnt man bereits alle

die Arbeiter zu maßregeln, die von ihrem gesetzlichen Recht der Kost- und Gebrauch machen! Wie und mitgeteilt wird, gehen die Herren Schriftsteller bereits mit dem Blaue einer allgemeinen Aussperrung hochschneller. Die Situation der Streikenden wird täglich unverstehlicher.

**Wittenberg.** 20. Februar. Eine öffentliche Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins stand am 18. Februar in Prinz-Wilhelm-Haus, Wittenberg, statt. Der Hauptsaal war verfüllt, die Abrechnung, Es war eine Einnahme vom Dezember 1904 bis 1. Januar 1905 von 311,05 Mark; demgegenüber war eine Ausgabe von 182,95 Mark; 90 Mark sind zinsbar angelegt. Bleibt noch ein Bestand von 28 Mark. Die Revisorin bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung, und daß Belege und Bücher in der peinlichsten Ordnung vorgehalten wurden. Sternau wurde ihm Decharge erteilt. Bei Punkt "Geldfrage" entstand sich eine rege Debatte. Da uns zur Zeit kein Saal zur Verfügung steht, wird der Vorsitzende sich schriftlich an den Gastwirtverein wenden. Verhält er sich ablehnend, so soll an das Soldatentagsfest der Arbeiter appelliert werden. Nachdem noch verschiedene andere Sachen erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung mit den Worten des Abgeordneten Uebel: "Unser die Welt, trotz allerdem!"

**Chlau.** 19. Februar. Gewerkschafts-Versammlung am 17. d. M. tagte im Gasthof "Zum alten Baum" in Baumarkt eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, die sich mit den Gewerkelektionswahlen beschäftigte. Genosse Karl Müller forderte die Anwesenden auf, sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen, da die Wahlen bis zum 26. Februar, Vormittags von 8 bis 1 Uhr in der Stadtkirche ausliegen. Es wurden folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: Tabakarbeiter Robert Boden, Transportarbeiter Johann Vogelsang, Zigarettensortierer Franz Krätzschmar und Schuhmacher Gottfried Hanke. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr übersteckt hat und 2 Jahre am Ort ist, wählen darf; die Wahl findet am 12. März, Vormittags von 11 bis 1 Uhr statt. Im Verschiedenen sprachen die Genossen Schmid und Müller über die Lokalfrage und forderten auf, nur bei solchen Wahlen zu verzichten, die uns das Lokal zu Versammlungen vergeben.

**Newstadt OS.** 21. Februar. Die gestrige Mitgliederversammlung des Wahlvereins war trotz der wiederholten Ankündigungen in unserem Vorortort nur schwach besucht. Genosse Hanisch hielt seinen Vortrag über: "Der rote Sonntag und der Rosenmontag der Schriftsteller", indem er auf die getroffenen Verlebungen in ausführlicher Weise einging, sowie die einzelnen Kommissionen und die hieraus erfolgte Namensliste der Schriftsteller in markanter Weise Name nennen läßt. Da Diskussion nicht bestellt wurde, erklärte Genosse Hanisch unter Vuall "Verschiedenes" die Befolzung anlegenheit mit den hieraus hervorgegangenen Erfolgen der örtlichen Arbeiterschaft und betonte, daß nur eine aufdisziplinierte und organisierte Arbeiterschaft mit solchen Erfolgen rechnen könnte, was auch unser alter Vorberater sein müste.

**Bautzen.** 20. Februar. Eine auf besuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung tagte Samstagabend den 17. Abends 8 Uhr, im Arbeiter-Kasino, in welcher Genosse Kielz Berlin in 1½ Stunden, des älteren von Befall unterbrochener Rede über die Frau in der Industrie referierte. Befall erzeugte war die Schilderung der Frau als Lohnarbeiterin, sowie die Kritik an der Kinderarbeit. Rednerin forderte zum Schlus auf, sich der Organisation anzuschließen. Da die Diskussion nicht bestellt wurde, erklärte Genosse Hanisch unter Vuall "Verschiedenes" die Befolzung anlegenheit mit den hieraus hervorgegangenen Erfolgen der örtlichen Arbeiterschaft und betonte, daß nur eine aufdisziplinierte und organisierte Arbeiterschaft mit solchen Erfolgen rechnen könnte, was auch unser alter Vorberater sein müste.

**Vohen.** 20. Februar. Wegen eines großen Unfalls, der den Tod des Polizeiinspektors Schmid in Pirna zur Folge hatte, mußte sich der Bischöfliche Stuhl aus Lubitzesmitte vor der bietigen Strafkommission verantworten. In übermäßiger Stimmung zog Put am 23. August 1905 dem Polizeiinspektor in einem Schanklokal den Stuhl in den Augenblick fort, als er sich niedersetzen wollte. Er stieg mit dem Kopfe hart an das hinter ihm stehende Bildstock auf, ging dann nach Hause, stürzte Kopfschmerzen und starb noch in derselben Nacht an Bluterguß ins Gehirn. Wegen dieses folgenschweren Unfalls, der als tödliche Körperverletzung mit Todesfolge zur Anklage stand, wurde Put zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

— Der frühere Referendar Dr. Georg Lehmann wurde von der Strafgerichts wegen unzüchtiger Handlungen in sechs Fällen, begangen an zwei vierzehnjährigen Mädchen, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Schulz.** Kreis Bromberg, 20. Februar. Der Staat ist gerettet. Wir erhalten über dieses aus sozialdemokratischen Altersmännern garnicht mehr verschwindende Kapitel, das die Erweiterung unserer Genossen so wesentlich beträgt, folgende Aufschrift:

Am 14. Februar fuhren drei Genossen von Bromberg nach Schulz, um die Altenberge zu verbreiten. Sie erschienen zum allerdings schon in Schulz, als die Polizei noch in jämmerlichem Schlimmer lag. Nachdem die Hälfte der Flugblätter vor den Schneidekübeln verteilt war, stärkten sich unsere Freunde durch ein Täschchen Kaffee. Durch die Verbreitung war mittlerweise die Polizei doch geworden und suchte nach den Lebendäfern. Sie fand durchaus sie die Straßen, jedoch ohne Ergebnis. Denn daß auch die Polizei Kaffee trinken, dachten sie sich nicht. Unsere Genossen ließen sich nicht stören und nach der kurzen Rast ging es weiter von Haus zu Haus und schon glaubten sie Schulz hinter sich zu haben, als ihnen zwei Geheimschützler der Polizei erschauten und sie sowohl wie die Flugblätter verhaftete und befragte befragten. Zu den Genossen fügte der Polizeiwachmeister entrüstet: Sie haben der Polizei zu melden, wenn Sie joch Zeug vertheidigen und sich nicht wie Spitzbüben in Schulz einzuleben. Indem er noch einem der Genossen das Rauchen verboten wollte, ging es, von neugierigen Büffern gefolgt, dem Rathaus zu. Hier angelangt, vernahm die Genossen, daß sie mit dem nächsten Juge noch Bromberg geschickt werden sollten um dort, wie am 21. Januar, als Staatsanwälte in Polizeiwachform gebraucht zu werden. Schon freuten sich unsere Freunde ob der schönen Begleitung und der billigen Rückfahrt, als dann eine Zivilperson, wahrscheinlich das Schultheiße Überhaupt, anordnete: die Flugblätter beschlagnahmt und die Leute freilassen! Der Polizeiwachmeister musste unter den Genossen nun eine Kündigung über die beschlagnahmten Flugblätter geben und die Schultheiße Zwickburger haben staunend, daß die noch eben unter so scharfer Bewachung Abgeführt wurden, sich losmachend durch die Straßen zogen. Die Flugblätter werden jetzt wahrscheinlich noch ehrlicher gelesen werden! Und wem danken wir dies? — der Polizei!

**R. G. Hirschberg.** Bei freiwilliger Fortsetzung der Invalidekündigung genügen 10 Mark pro Jahr in beliebiger Höhe, um die Anwartschaft auf Rente aufrecht zu erhalten; man muss die Kündigungsliste rechtzeitig zum Umtausch bzw. zur Verlängerung der Rente nicht zur Frühsicht haben.

**R. G. Hirschberg.** Bei freiwilliger Fortsetzung der Invalidekündigung genügen 10 Mark pro Jahr in beliebiger Höhe, um die Anwartschaft auf Rente aufrecht zu erhalten; man muss die Kündigungsliste rechtzeitig zum Umtausch bzw. zur Verlängerung der Rente nicht zur Frühsicht haben.

#### Kleine provinziale Nachrichten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich noch Sonntag Nacht gelegentlich des Besuches des Sommertheaters (Wilhelmstheater) in Steinitz. Eine Frau, die auch noch der Brautstelle gehörte, wollten, werden, von der Brücke fallen, auf dem kleinen Brücke in der Nähe des alten Rathauses einer daherkommenden Feuerwehrmann in den Weg und wurde dabei die ältere der beiden Frauen von denselben, allerdings in einer gewöhnlichen Weise, zu Boden gestoßen. Bei dem Fall hat nun die Frau ein großes Stück Kleidungsstück an den Kopf geprägt, aus welchem das Blut unaufhörlich herunterfließt. Diese wurde von ihrer Begleiterin schleunigst wieder in ihre Wohnung geschafft, wo sie nun schwer krank darniederliegt. — In der Baderobst in Steinitz, Kreis Strelitz, brach am Montag Abend nach 6 Uhr ein Großfeuer aus, das die ganze Nacht über wütete und erst im Laufe des Dienstags gelöscht werden konnte. Das Badergebäude sowie einige Nebengebäude sind vollständig abgebrannt. — Der in einer Eisenhandlung in Bielefeld beschäftigte Schlinge & Sohn Selbstmord durch Schießen und wurde in der Nähe der Bahnhofstraße Riegelei an der Schönauerstraße tot aufgefunden. Der im 18. Lebensjahr liegende junge Mann soll wegen gehabten Vergessens Hand an sich gelegt haben. Auf der Chaussee von Bielefeld nach Neustadt wurde von drei Arbeitern der Arbeiter Robert Weiß in betrunkenem Zustande aufgefunden und in den Gaststall eines benachbarten Wirtschaftsgebäudes gebracht. Als einer von ihnen am anderen Morgen sich noch beim Betreten umschau, fand er ihn ledig vor, und der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, anscheinend infolge von Alkoholergiftung. — In Bielefeld wurden in das Garnisonssazaret zwei Dragoner eingeliefert, welche an Gonorrhöe litten. Eine ist noch denselben Abend gestorben. Heute wurden noch weitere drei Fälle bekannt.

#### Literatur.

\* **Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefossallsmus, herausgegeben von Dr. Albert Süddemuth. Aus dem ungemein reichhaltigen Inhalt der uns vorliegenden Nr. 7 des laufenden Jahrgangs der Kommunale Praxis hervorheben wir eine Abhandlung von A. Haverkamp über eine Steuerreform in Bremerhaven. Gar läßlich schildert den Kommunal-Liberalsmuss ein Kasseler Mitarbeiter der Wochenschrift: die Heldentaten der Kasseler Liberalen, ihr Mantelkronen vor Königsbronnen sind so überwältigend (wenn man sie nicht empfindend nennen will), daß sie überall bekannt zu werden verdienen. Auch der sonstige Inhalt der Praxis gibt manigfache fruchtbare Anregungen, so z. B. die Schilderung der neuen Arbeiterschulgemeinschaften in Dessau. Probenummern der Zeitschrift kann man ganz kostenlos vom Verlage der Kommunale Praxis in Berlin W 16 beziehen.

#### Schluss des redaktionellen Teiles.

#### Berichtigungen.

\* **Die bliebige Stabilität.** Die Blätterbühne Vanito, welche seit dem 1. d. M. dafelbst austritt, hatte die brillante Idee, sich mit ihrer Schriftsteller, der Schriftstellerin Arvidia zu vereinen, mit welcher sie seit dem 16. d. M. nennenswerte Erfolge erzielt. Arvidia kommt als auch Vanito verdiente beide als hervergehende, gediegene und ernst zu nehmende Kunstslerinnen bezeichnet zu werden.

**Festsetzungen des städtischen Renten-Abbildungsgesetzes.** Breslau, 20. Februar.

#### Pro 100 Kilogramm

	gute	mittlere	geringere Sort.
Weizen, weißer	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.
17,40	16,60	16,40	16,00
Roggen	17,30	16,50	16,40
15,80	15,20	15,10	14,90
Bratengerste	16,00	15,60	15,00
Gerste	14,50	14,10	14,00
Dinkel	15,40	14,90	14,80
Witola-Erbsen	20,50	19,50	18,50
Erdbe	18,00	17,50	16,30

Preis pro 50 Kilogramm 2,10—2,40 M.

Stroh, pro Scheit 24,00—26,00 M.

Wittreppen 23,80—21,80—19,80 M.

**Breslauer Weihmarkt.** Weiß ruhig, rot 100 Kilogr. inst. Sac brutto, Weizenmehl 100 rubia, 23,50—24,00 M. Roggenmehl 100 rubia, 22,50—23,00 M. Roggen-Hausbacken ruhig, 22,25—22,75 M. Roggen-Futtermehl ruhig, 10,75 bis 11,00 M. Weizenflocke ruhig, 10,50—10,75 M.

#### Briefkasten.

**B. B., Gunnersdorf.** Ihr Bericht über den Bahnbau wird gelegentlich mit verwendet. Nur nicht gleich zornig werden!

**G. M. 45.** Mein.

**Dr. B.** Eine Steuerfreiheit nach Beendigung der Militärzeit gibt es auf Grund des Gesetzes und der hiesigen Gemeindesteuerordnung nicht. Die sehr verbreitete Ansicht, daß Personen nach der Entlassung vom Militär für längere Zeit vom Steuerzahler befreit sind, ist